



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber begrüsst die Stadt- und Gemeinderäte, die Gäste und die Pressevertreterinnen zur vierten Sitzung im Jahr 2012. Eine spezielle Begrüssung komme den Herren Fritz Rüfenacht der BDO AG Burgdorf und André Jordi der Gfeller + Partner AG Langenthal zu teil, welche sich zur Beantwortung allfälliger Fachfragen betreffend das Traktandum Nr. 1 zur Verfügung halten.

Den Schulleitern der Volksschule Langenthal (Herren Rolf Baer, Armin Flükiger, Martin Imobersteg und Peter Rubeli) danke sie im Namen der Bevölkerung der Stadt Langenthal herzlich für das in Zusammenarbeit mit der Oberaargauischen Musikschule Langenthal (Herrn Rainer Walker, Musikschulleiter), dem Kadettenkorps Huttwil und dem Kinderchor der Schule Niederönz realisierte Projekt "Kultur aus den Schulen auf dem Wuhrplatz!".

Eine gute Bildung stelle hohe Anforderungen an die Lehrer als auch an die Schüler. Bildung stelle ein wertvolles und nachhaltiges Fundament dar. Dass in den Schulen auch viel Kulturelles gelehrt werde, hätten die Jugendlichen während ihren powervollen und erfreulichen Bühnendarbietungen an den 4 Tagen gezeigt. Der Wuhrplatz sei dadurch eindrücklich und wunderbar im Sinne des Mottos des letztjährigen Jubiläumsjahres "langenthal belebt" wirkungsvoll weiterbelebt worden.

Die Jungtalente, von welchen viele ihren ersten grossen Auftritt gehabt haben, haben die Zuschauer berührt und für eine ansteckende Freude unter Jung und Alt gesorgt. In der Hoffnung, dass die geniale Idee "Kultur aus den Schulen auf dem Wuhrplatz" zu einem alljährlichen Langenthaler Volksfest werde, danke sie allen Lehrern herzlich, die das Projekt mitgetragen haben und den Jugendlichen für ihre Mitwirkung. Bildung sei ein kostbares Gut, weshalb es nicht selbstverständlich sei, dass in Langenthal ein so reiches und vielfältiges Angebot genutzt werden dürfe.

Unter Verdankung der Verfassung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. Mai 2012 erteilt sie der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **39** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend¹
- **1** Mitglied des Stadtrats ist entschuldigt abwesend
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend und Herr Gemeinderat Rolf Baer werde etwas später eintreffen. Entschuldigt abwesend ist auch Herr Stadtschreiber Daniel Steiner.



langenthal.belebt

Kultur aus den Schulen auf den Wuhrplatz!

Do 31. Mai 18:00 bis 21:00 Musikschule
Fr 01. Juni 19:00 bis 22:00 Rockbands
Sa 02. Juni 19:00 bis 21:30 Kadettenkorps
So 03. Juni 11:00 bis 13:00 Kinderchöre

Verpflegung auf dem Wuhrplatz
Sonntag Morgenbuffet ab 10:00 Uhr

Beteiligte:
Schulzentren Kreuzfeld, Elzmatte, Hard
Oberaargauische Musikschule Langenthal
Kadettenkorps Huttwil
Kinderchor der Schule Niederönz

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **39** und ab 22.25 Uhr sind **38** Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



1. Gemeinderechnungen für das Jahr 2011; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Jürg Häusler: Alles was getan, oder nicht getan werde, alles was passiere, oder nicht passiere, bilde sich in einer ökonomisch ausgerichteten Gesellschaft irgendwann in den Finanzen ab. Im Rahmen der Budgetvorstellung im August 2011 habe er bereits erwähnt, dass seit März 2011 kein Stein mehr auf dem anderen liege. Demgemäss hätten sich die Naturkatastrophen 2011 (Erdbeben, Stürme, Tsunamis) auch irgendwie wirtschaftlich ausgewirkt. Der Schweizer Franken habe eine massive Aufwertung erfahren und ein Anstieg der Arbeitslosenquote habe verzeichnet werden müssen. Im Anlagemarkt hätten sich vor allem die sinkenden Zinsen ausgewirkt. All diese Faktoren würden sich auch in der Rechnung 2011 der Stadt Langenthal spiegeln.

stadtlangenthal

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Stadt Langenthal

Präsentation der Rechnung 2011

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Wie im letzten Jahr gebe es einen Aufwandüberschuss zu präsentieren. Anders als in anderen Jahren, als auch Aufwandüberschüsse budgetiert worden seien, sei der Aufwandüberschuss im Jahr 2011 aber eingetreten.

Neu sei, dass die Gewinne aus den Rechnungsabschlüssen 2007 - 2009 zur Finanzierung der Steuersenkungen eingesetzt werden.

stadtlangenthal

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal

Zielsetzung des Gemeinderates

- Rechnung schliesst bezogen auf die bisherigen Investitionsquoten (Fr. 4 Mio./Jahr) und den ordentlichen Konsumausgaben bei einer Steueranlage von 1,48 ausgeglichen ab.
- Zusätzliche Investitionen über Fr. 4 Mio. werden im entsprechenden Jahr maximal Fr. 3.6 Mio. zusätzlich abgeschrieben (übrige Abschreibungen) => Aufwandüberschuss.
- Gewinne Rechnungsabschlüsse 2007 – 2009 (rund 17.5 Mio.) werden zur Finanzierung der Steuersenkungen eingesetzt.

Stadtrat vom 18. Juni 2012



Rechnung 2011 – Stadt Langenthal	
Voranschlag 2011: Aufwandüberschuss	6.2 Mio
./.. Senkung Steueranlage 1.48 auf 1.38	2.1 Mio
./.. Übrige Abschreibungen	<u>3.6 Mio</u>
Aufwandüberschuss	0.5 Mio
ohne Reduktion Steueranlage und zusätzliche Investitionen/Abschreibungen	

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal		
Vergleich Rechnung / Voranschlag		
Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	-7'756'199.78	
Aufwandüberschuss gemäss Voranschlag	<u>-6'234'390.00</u>	
Verschlechterung gegenüber Voranschlag	-1'521'809.78	
Vergleich	Rg 11	VA 11
Ergebnis vor Abschreibungen und Buchgewinn (BG)	0.2 Mio	3.1 Mio
Ergebnis vor übrigen Abschreibungen und BG	-5.1 Mio	-2.2 Mio
Endergebnis	-7.8 Mio	-6.2 Mio

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Die Rechnung schliesse um rund Fr. 1,5 Mio schlechter ab als budgetiert. Das Ergebnis (vor den übrigen Abschreibungen und vor Verbuchung der Buchgewinne, welche nicht budgetiert werden) sei im Vergleich zum Voranschlag um fast Fr. 3 Mio. schlechter.

Die übrigen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen betragen Fr. 4,7 Mio. Diese seien vom Gesetz nicht vorgeschrieben, werden aber vorgenommen, um spätere Generationen nicht mit Investitionen - die heute getätigt werden - übermässig zu belasten.

Die Buchgewinne - insbesondere aus Landverkäufen - betragen Fr. 2,2 Mio. Am 31. Dezember 2011 sei der Landhandel mit der Solar Industries AG noch ein Thema gewesen, weshalb ein entsprechender Gewinn verbucht worden sei. Mittlerweile habe den Medien aber entnommen werden können, dass sich das Land wieder im Besitz der Stadt Langenthal befinde.

Unter Einschluss der beiden Positionen (übrige Abschreibungen und Buchgewinne) resultiere ein Endergebnis von minus Fr. 7,8 Mio. Da weder die Buchgewinne, noch die zusätzlichen übrigen Abschreibungen für die 1150-Jahr-Feier, noch die Schenkung an die Stiftung Mühle budgetiert worden seien (via Nachkreditbeschlüsse) verringere sich die Differenz auf Stufe des Endergebnisses zwischen der effektiver Rechnung und dem Voranschlag auf ein Minus von rund Fr. 1,5 Mio.

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal	
Rechnungsergebnis ausgewiesen: Aufwandüberschuss	7.756 Mio
Verschlechterung gegenüber Voranschlag um:	1.522 Mio
Geprägt durch folgende Faktoren	
▪ Mehrertrag Buchgewinne Liegenschaften ▪ Mehrertrag Steuerteilung Juristische Personen ▪ Minderertrag Steuern Juristische Personen ▪ Minderertrag Wertschriften ▪ Mehraufwand zusätzl. Abschreibungen (1150 Jahre / Stiftung Mühle) ▪ Mehraufwand Beiträge Kunsteisbahn AG ▪ Mehraufwand Lastenausgleich Disparitätenabbau	

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Die Rechnung sei fast ausschliesslich von Sonderfaktoren oder schlecht beeinflussbaren Faktoren (Buchgewinne, zusätzlich bewilligte Abschreibungen, Beiträge an den Lastenausgleich) sowie auch von sehr volatilen Positionen wie den Steuererträgen geprägt.

Die per Volksbeschluss bewilligten rund Fr. 0,5 Mio. zur nachhaltigen wirtschaftlichen Sanierung der Kunsteisbahn AG seien ein weiterer Faktor. Alle anderen von der Stadt Langenthal direkt beeinflussbaren Positionen seien grossmehrheitlich gemäss Budget abgeschlossen worden.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

stadtlangenthal

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal

Bereiche mit positiver Wirkung

	Rg 11	VA 11	Verbesserung
Mehrerträge			
■ Buchgewinne Liegenschaftsverkäufe	2.2 Mio	0.0 Mio	2.2 Mio
■ Steuerteilung Juristische Personen	1.3 Mio	0.6 Mio	0.7 Mio
■ Mehrertrag Fürsorgelastenausgleich	0.3 Mio	0.0 Mio	0.3 Mio
Minderaufwendungen			
■ Lastenausgleich Familienzulage	0.0 Mio	- 0.2 Mio	0.2 Mio
■ Auflösung Delkredere	0.2 Mio	0.0 Mio	0.2 Mio
■ Lehrerlöhne	- 5.1 Mio	- 5.2 Mio	0.1 Mio

Stadtrat vom 18. Juni 2012

stadtlangenthal

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal

Bereiche mit negativer Wirkung

	Rg 11	VA 11	Verschlechterung
Mehraufwendungen			
■ übrige Abschreibungen (1150 Jahre, Stiftung Mühle)	4.7 Mio	3.6 Mio	- 0.9 Mio
■ Kantonaler Finanzausgleich	0.9 Mio	0.3 Mio	- 0.6 Mio
■ Kunsteisbahn	0.6 Mio	0.1 Mio	- 0.5 Mio
Mindererträge			
■ Gewinn- und Kapitalsteuern Jurist. Personen	2.4 Mio	3.8 Mio	- 1.5 Mio
■ Wertschriftenerfolge / Zinserfolg	1.0 Mio	1.8 Mio	- 0.8 Mio

Stadtrat vom 18. Juni 2012

Der kantonale Finanzausgleich stelle eine Verschlechterung von Fr. 600'000.00 dar. Als Langenthal finanziell schlechter dagestanden habe, habe vom Disparitätenabbau profitiert werden können, wogegen heute dafür bezahlt werden müsse.

stadtlangenthal

Rechnung 2011 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses

- Diverse nachhaltig wirkende Mehrausgaben (Unterstützung KEB AG, höhere Pensionskassenbeiträge, Ausbau Bereich Bildung, Kultur und Sport, Lastenausgleichssysteme)
- Einmalereignisse verbesserten das Ergebnis im 2011 um netto Fr. 1.5 Mio
- Steuererträge bei Juristischen Personen klar unterdurchschnittlich -> Erholung zu erwarten
- Wertschriftenerträge fliessen weniger stark als bislang erhofft (absolutes Tiefzinsumfeld)

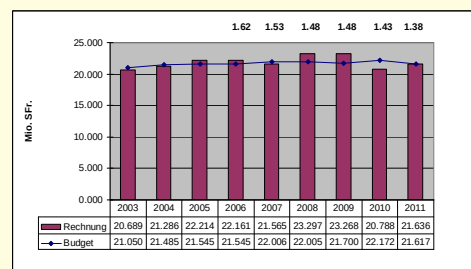
Stadtrat vom 18. Juni 2012

Wie angetönt, seien zwar die meisten Positionen der Rechnung 2011 mit Ausnahme der Beiträge an die Kunsteisbahn AG, der Kosten für den Ausbau im Bereich Bildung, Kultur und Sport und der Kosten für die Erhöhung der Pensionskassenbeiträge gemäss dem Budget abgeschlossen worden. Diese Positionen würden keine einmaligen Kosten darstellen, da sie die Stadt auch in Zukunft nachhaltig aufwandmässig belasten werden. Zwar seien immer wieder Einmalereignisse feststellbar, welche es aber, um die Rechnung sauber beurteilen zu können, auszuklammern gelte. In der Rechnung 2011 seien die Einmalereignisse (Buchgewinne, 1150-Jahr-Feier und Schenkung Alte Mühle) zu berücksichtigen.

Auf der anderen Seite seien aber auch die immer volatilen Steuererträge der juristischen Personen zu berücksichtigen, die im Jahr 2011 speziell tief ausgefallen seien. Obwohl sich im Jahr 2012 diesbezüglich eine kleine Erholung abzeichne, dürfte auch das Jahr 2012 kein Spitzenjahr werden, was aus den bereits vorliegenden Zahlen des Jahres hervorgehe. Auch bei den Wertschriftenerträgen seien wohl kaum bessere Zinsen zu erwarten.

stadtlangenthal

Einkommenssteuern NP 2003 - 2011



Stadtrat vom 18. Juni 2012

Das Ergebnis der Einkommenssteuer der natürlichen Personen könne nahezu als Punktlandung bezeichnet werden.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

stadtlangenthal

Entwicklung der Einkommensverteilung

Stufe	Steuerbares Einkommen (Einkommensstufen)	2002	2004	2006	2008	2009	2010	
1	0	16.4%	18.0%	17.4%	17.3%	18.2%	18.4%	↑
2	1 - 20'000	19.5%	18.6%	19.1%	17.8%	18.5%	18.1%	↓
3	20'001 - 40'000	28.9%	28.4%	27.0%	26.6%	25.3%	24.9%	↓
4	40'001 - 60'000	18.0%	17.6%	18.6%	19.2%	19.5%	19.4%	↑
5	60'001 - 80'000	8.8%	9.1%	8.9%	9.0%	8.6%	9.1%	→
6	80'001 - 100'000	3.8%	3.6%	3.8%	4.1%	4.3%	4.3%	↑
7	100'001 - 200'000	3.6%	3.9%	4.2%	5.0%	4.6%	4.7%	→
8	> 200'000	0.9%	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%	1.2%	↑

Erfreulich: Anwachsen der Anzahl Steuerpflichtiger
2002: 8'763; 2010: 9'778 -> + 11.5%

Noch erfreulicher: Einkommenskategorien der Mittelschicht und Gut Verdienenden wachsen überdurchschnittlich (Kat 5-8):
2002: 17.1%; 2010: 19.2%

Stadtrat vom 18. Juni 2012

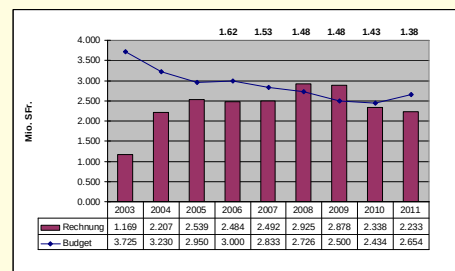
Die Einkommensverteilung entwickle sich erfreulich. Langenthal wachse nicht nur an Einwohnenden, sondern auch an Steuerzahlenden.

Die Stadt wachse aber wie so oft erwähnt, nicht nur an Einwohnenden mit keinem oder tiefem Einkommen, sondern auch und überdurchschnittlich an Einwohnenden in den besseren Einkommenskategorien.

Diese erfreuliche Entwicklung sei wahrscheinlich nicht zuletzt auf die steuerliche Attraktivität der Stadt zurückzuführen.

stadtlangenthal

Vermögenssteuern NP 2003 - 2011

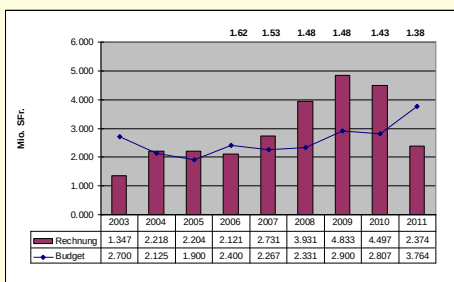


Stadtrat vom 18. Juni 2012

Das Börsenumfeld spiegle sich auch in den Vermögenssteuern. Obwohl auch die Vermögenssteuern relativ schwierig zu budgetieren seien, lasse sich eine gewisse Stagnation feststellen.

stadtlangenthal

Gewinnsteuern JP 2003 - 2011



Stadtrat vom 18. Juni 2012

Die Gewinnsteuern seien traditionell sehr volatil und sehr schwierig zu budgetieren, was damit zusammenhänge, dass die Gewinne sich nicht so kontinuierlich entwickeln, wie die Einkommen.

Dazu komme, dass bei den Unternehmenssteuern nicht selten rückwirkende Anpassungen vorgenommen werden. Dies sei der Fall, wenn beispielsweise ein Unternehmen für mehrere zurückliegende Jahre definitiv eingeschätzt werde.

Demgemäss dürfe nicht vergessen werden, dass ca. 20 - 30 Unternehmungen der Stadt Langenthal etwa für 80% des gesamten Steueraufkommens verantwortlich seien.



Stadtrat

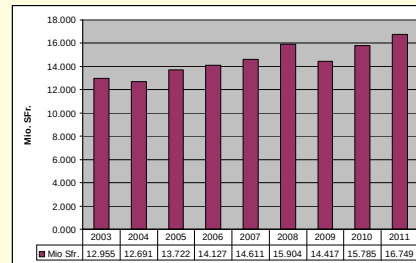
Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Die Kosten für das Lastenausgleichssystem seien bei ganzheitlicher Betrachtung stark zunehmend. Ein Rückblick bis ins Jahr 2004 zeige einen Kostenanstieg von satten 30%. Die Kosten seien dem Kanton netto abzuliefern.

Die Minderausgaben gegenüber der Investitionsplanung 2011 - 2015 führen zu einem Realisierungsgrad von 75%. Verglichen mit dem revidierten, rollend angepassten und bewerteten Investitionsplan, welcher ein Investitionsvolumen von Fr. 10,4 Mio. beinhalte, ergebe sich für das Jahr 2011 sogar ein Realisierungsgrad von 91%.

stadtlängenthal

Anteil Lastenverteilsystem Kanton



Ab 2009 keine Belastung mehr für Anteil ANV und Anteil IV. Minderebelastung rund Fr. 2,1 Mio.

Stadtrat vom 18. Juni 2012

stadtlängenthal

Rechnung 2011 – Stadt Längenthal

Investitionen

■ Bruttoinvestitionen	13.0 Mio
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	1.4 Mio
■ Nettoinvestitionen	11.6 Mio
➤ Minderausgaben gegenüber Investitionsplan 2011 - 2015	3.6 Mio
→ 75% Realisierung	

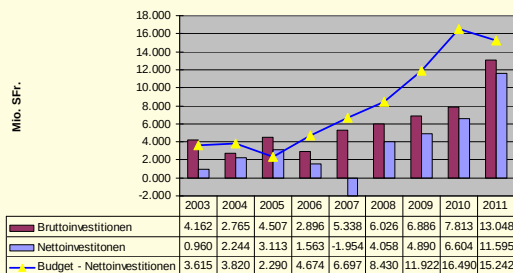
Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

■ Umgestaltung Wuhrplatz	3.8 Mio
■ div. Kanalisationsarbeiten	1.5 Mio
■ Div. Strassenprojekte (Knoten; Ringstr./Thunstettenstr., Jurastr.)	1.1 Mio
■ Neubau Feuerwehrmagazin	0.8 Mio
■ Schülertagesstätte Turnhallenstrasse, Anbau	0.7 Mio

Stadtrat vom 18. Juni 2012

stadtlängenthal

Investitionen 2003 – 2011



Stadtrat vom 18. Juni 2012

Der Aufwand sei rund Fr. 4,5 Mio., der Ertrag rund Fr. 3,0 Mio. höher ausgefallen als budgetiert, was hauptsächlich auf die bereits erwähnten Sonderfaktoren zurückzuführen sei. Unter dem Strich resultiere ein gegenüber dem Budget schlechter abschliessendes Ergebnis von rund Fr. 1,5 Mio.

stadtlängenthal

Rechnung 2011 – Stadt Längenthal

Zusammenfassung

Aufwand	Voranschlag	93.2 Mio
	Rechnung	97.8 Mio
Ertrag	Voranschlag	87.0 Mio
	Rechnung	90.0 Mio
Ergebnis	Voranschlag	- 6.2 Mio
	Rechnung	- 7.8 Mio

Stadtrat vom 18. Juni 2012

stadtlängenthal

Rechnung 2011 – Stadt Längenthal

Zusammenfassung

Verschlechterung gegenüber Voranschlag	1.5 Mio
--	---------

Die wesentlichen Positionen

Mehrertrag Buchgewinne
Mehrertrag Steuerteilung Juristische Personen
Minderertrag Steuern Juristische Personen
Minderertrag Wertschriften
Mehraufwand zusätzl. Abschreibungen (1150 Jahre / Schenkung Stiftung Mühle)
Mehraufwand Beiträge Kunsteisbahn AG
Mehraufwand Lastenausgleich Disparitätenabbau

Stadtrat vom 18. Juni 2012



Trotz des auf den ersten Blick gross erscheinenden Defizits stehe Langenthal nach wie vor gut da, zumal den zusätzlichen Kosten (Kunsteisbahn AG; Bildungsamt) künftig ein Nutzen gegenüberstehe. Ebenso erwähnenswert sei, dass die Stadt Langenthal ihre Versprechungen einhalte, indem Nachholinvestitionen getätigt und Gewinne mittels tiefem Steuersatz dem Volk zurückgegeben werden. Nichts desto Trotz gelte es die Schere zwischen Aufwand und Ertrag nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen, was in den kommenden Jahren eine grosse Herausforderung darstellen werde.

Daniel Rüegger, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission habe die Vorlage geprüft und festgestellt, dass trotz des ausgewiesenen Defizits von Fr. 7,8 Mio. von einem zufriedenstellenden Resultat Kenntnis genommen werden könne. Erfreulich sei, dass in der Berichtsperiode ein Grossteil der vorgesehenen Investitionen ausgelöst worden sei und, dass sich das Eigenkapital nach wie vor auf stolze Fr. 111,5 Mio. belaufe. Dem strukturellen Defizit werde in Zukunft jedoch vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe zum besseren Verständnis Fragen zu den Nachkrediten gestellt, die von Gemeinderat Jürg Häusler bzw. vom Finanzamt beantwortet worden seien. Unter anderem seien Erklärungen zu folgenden Punkten geliefert worden:

- Konto 270.307.15 Pensionskasse (Seite 48): Dabei handle es sich um die Auflösung einer Rückstellung von Fr. 90'000.00 (Reduktion von Fr. 200'000.00 auf Fr. 110'000.00), womit diese Position keine Aufwandvergrösserung darstelle.
- Konto 541.319.92 Alterszentrum Haslibrunnen (Seite 51): Beim Betrag von Fr. 639'900.00 fehle die Markierung mittels Kreuz, womit "gebundene Ausgaben" bezeichnet werden, was relevant sei, da die Ausgabenkompetenz des Gemeinderats für "nicht gebundene Ausgaben" auf Fr. 150'000.00 festgesetzt sei. In dieser Position gehe es darum, dass die buchungstechnische Handhabung analog einer Spezialfinanzierung passieren müsse, da bekanntermassen zweckgebundene Mittel zur Erfüllung einer öffentlichen Ausgabe einer Spezialfinanzierung bedürfen.

Die Geschäftsprüfungskommission erachte es als wichtig, auf die Rechnung 2011 der Pensionskasse hinzuweisen, die ein Bestandteil der Vorlage sei (Seiten 189 - 209). Geneigte Leser der Rechnung 2011 haben wohl gemerkt, dass der Deckungsgrad von 102,3% (2010) auf 92,6% zurückgegangen sei, was heisse, dass die Pensionskasse per 31. Dezember 2011 eine Unterdeckung ausweise. Eine erste Massnahme zur Verbesserung dieser Situation sei im Jahr 2011 mit dem Verzicht auf die Ausrichtung einer Teuerungszulage an Rentenbeziehende umgesetzt worden. Gleichzeitig sei die Verzinsung von Rückstellungen für die Teuerungszulagen "Renten" auf Null gesetzt worden. Die Pensionskassenkommission sei verpflichtet Massnahmen zu prüfen und wenn nötig umzusetzen, damit eine entsprechende Verbesserung erzielt werden könne. Die Kontrollstelle habe in ihrem Bericht bestätigt, dass die Pensionskassenkommission aufgrund der Unterdeckung die nötigen Schritte in die Wege geleitet habe.

Der Geschäftsprüfungskommission sei es ein Anliegen dem zuständigen Gemeinderat Jürg Häusler sowie den Verantwortlichen im Finanzamt (Mark Bucher und seinen Mitarbeitenden) herzlich für ihre geleistete Arbeit zu danken. Gleichzeitig schliesse die Geschäftsprüfungskommission auch die heute an der Sitzung anwesenden Revisoren in den Dank ein (für die Rechnung Stadt: Herrn Fritz Rüfenacht, BDO AG Burgdorf; für die Rechnung Pensionskasse: Herrn André Jordi, Gfeller + Partner AG Langenthal).

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission bestätige er die formelle Richtigkeit der Vorlage.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion heisse die Gemeinderechnung 2011 - trotz der ausgewiesenen Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber dem Budget von rund Fr. 1,5 Mio und der Abnahme des Eigenkapitals auf rund Fr. 111,0 Mio. - einstimmig gut. Die SVP-Fraktion danke dem Finanzamt und dem Ressortvorsteher Finanzen für die exakte Rechnungsführung und die profunde Darlegung der Resultate in der Gemeinderechnung.



Die SVP-Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Verschlechterung gegenüber dem Budget zwar ärgerlich, aber alles in allem keine Katastrophe sei. Wie Gemeinderat Jürg Häusler bereits erwähnt habe, seien die Mindererträge bei den juristischen Personen und bei den Wertschriftenerträgen von rund Fr. 2,4 Mio. schwer zum Voraus prognostizierbar gewesen. Das gleiche gelte für die Belastungen des Lastenausgleichs. Als Mitglied der Finanzkommission seit dem Jahr 2005 habe er persönlich noch nie erlebt, dass die Vorgaben des Kantons gestimmt hätten. Sowohl in den Budgets als auch in den Rechnungen seien deshalb massive Abweichungen entstanden. Damit müsse wohl "gelebt werden" weil dies offenbar aus systembedingten Gründen nicht anders möglich sei.

Unterstrichen werden müsse der einmalige Beitrag an die 1150-Jahr-Feier sowie die beschlossene Schenkung an die Stiftung Alte Mühle. Beide Beträge seien nicht budgetiert gewesen, wodurch die Rechnung um Fr. 900'00.00 zusätzlich belastet werde.

Erst im Verlaufe der Beratung habe er festgestellt, dass obwohl kein Reglement und damit keine Rechtsgrundlage für die Spezialfinanzierung "Alterszentrum Haslibrunnen" vorliege, für das Alterszentrum Haslibrunnen im Hinblick auf den Neubau neu der Betrag von Fr. 640'000.00 zurückgestellt worden sei. Der Betrag von Fr. 640'000.00 sei früher als Gewinn einfach abgeschöpft worden - was natürlich auch nicht budgetiert worden sei - nun aber das Rechnungsergebnis natürlich auch zusätzlich belaste.

Die SVP-Fraktion sei mit den ausgelösten Investitionen von Fr. 11,6 Mio. zufrieden. Erfreulich sei, dass die Realisierungsquote gegenüber früheren Jahren wesentlich habe gesteigert werden können.

Persönlich erlaube er sich Folgendes zu bemerken:

- Industrielle Betriebe Langenthal (IBL): Mit Freude könne zur Kenntnis genommen werden, dass die IBL einen sehr guten Abschluss ausweise. Kritisch dagegen sei anzumerken, dass die Stadt aufgrund der heutigen Rechtsform (der selbstständigen Anstalt) aus rechtlichen Gründen nicht von diesem Gewinn profitieren könne, obwohl das vollständige Ausfallrisiko getragen werden müsse und das bei einem vorhandenen Eigenkapital von immerhin Fr. 49,0 Mio. Wenn die IBL die Rechtsform der Aktiengesellschaft hätte, sähe die Situation anders aus. Da der Stadtrat aber diesen Beschluss gefasst habe, sei der Rat auch selber Schuld daran.
- Nachkreditabelle: In Erinnerung an das ehemalige Stadtrats- und GPK-Mitglied Kurt Blatter habe auch er sich die Nachkreditabelle kritisch angeschaut. Es sei zu empfehlen, die Liste einmal durchzulesen. Ohne Mühe lasse sich feststellen, dass man sich in Langenthal nach wie vor auf dem obersten Deck eines Luxusdampfers befinde. Beispiele:
 - Die, die SVP-Fraktion betreffende Position (Konto 105.317.20 Repräsentationsausgaben/Eröffnung 1. Stadtratssitzung; Aufführung "Szenisches Spiel"). Das erhebende Schauspiel - an welches er sich absolut nicht erinnern könne - habe Fr. 4'076.00 gekostet.
 - Die Position Konto 110.365.46 "Projekt Identität Oberaargau" habe Fr. 7'500.00 gekostet bzw. sei spurlos in der entsprechenden Volksabstimmung versickert, weil die Regionalkonferenz bekanntlich abgelehnt worden sei.
 - Die Position 167.365.32 "Hauptstadtregion Schweiz; Mitgliederbeitrag" habe satte Fr. 8'480.00 gekostet, obwohl Langenthal klar ausserhalb des planerischen Einflussgebietes der Stadt Bern liege. Dazu komme, dass wenn Langenthal in Bezug auf den Lastenausgleich und bei finanziellen Fragen ab und zu eine gewisse Solidarität aus der Region Bern für den Oberaargau erwarte, damit meistens nicht rechnen könne.
 - Das Konto 173.365.00 "Diverse Beiträge Fachbereich Kultur" sei mit veranschlagten Fr. 50'000.00 um Fr. 27'480.00 überschritten worden und zwar in einem Jahr, in welchem bereits rund Fr. 600'000.00 bis Fr. 700'000.00 für einen kulturellen Anlass (die 1150-Jahr-Feier) verbraucht worden seien. Offenbar sei es darum gegangen, in der Öffentlichkeit nicht so bekannte Gemeinderäte ab und zu wieder in den Zeitungen abzubilden.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

- Gemäss Konto 180.365.07 "Kunsteisbahn Langenthal AG; Defizitgarantie Länderspiel" seien für das Länderspiel Fr. 18'925.10 bezahlt worden, obwohl im gleichen Jahr die Defizitgarantie für die Kunsteisbahn bereits auf Fr. 530'000.00 erhöht worden sei.

Die SVP-Fraktion sei trotz seiner kritischen persönlichen Bemerkungen mit dem Rechnungsabschluss zufrieden und empfehle, der Rechnung 2011 zuzustimmen.

Markus Gfeller, FDP-jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion danke allen, die an der Rechnungslegung mitgewirkt haben. Das vorliegende Werk sei wie immer sehr umfassend.

In den vergangenen Jahren (seit 2006) sei die Steueranlage beträchtlich bis auf 1.38 Einheiten gesenkt worden, was den eigentlichen Hauptgrund für das Defizit darstelle, welches aber bewusst herbeigeführt worden sei. Die letzte Steuersenkung von 1.48 auf 1.38 Einheiten sei im Hinblick darauf erfolgt, dem Steuerzahlenden einen Teil der in den Jahren 2006-2008 zusätzlich erwirtschafteten Einnahmen wieder zurückzugeben. In diesen Jahren seien Fr. 26,0 Mio. bis Fr. 28,0 Mio. an Eigenkapital gebildet worden, welches nun in Konsumationen von rund Fr. 2,0 Mio. jährlich zurückgegeben werden soll. Dieses Vorgehen sei nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion nach wie vor vernünftig und richtig und soll dementsprechend auch beibehalten werden.

Stadtrat Daniel Rüegger habe bereits darauf hingewiesen, dass die Rechnung ein strukturelles Defizit beinhalte. Nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion müsse bei zukünftigen Budgetierungen der Hebel bei den Ausgaben angesetzt werden, um die Ausgaben wieder in das Verhältnis der Einnahmen zu bringen. Es könne nicht sein, dass dieser Punkt vernachlässigt werde, nur weil das Eigenkapital zur Zeit etwas hoch sei.

Die FDP/jll-Fraktion erachte die Investitionsquote und die in dieser Position praktisch erzielte Punktelandung (Differenz des Investitionsplans zu getätigten Investitionen) als erfreulich.

Darüber - die Fr. 2,0 Mio des Buchgewinns aus dem Landverkauf an die Solar Industries AG in der Rechnung ausweisen zu müssen oder nicht - lasse sich streiten. Es gelte sich einfach bewusst zu sein, dass diese Fr. 2,0 Mio. rückblickend betrachtet nicht vorhanden seien, womit das Rechnungsergebnis zusätzlich noch etwas schlechter wäre.

Nicht zu vernachlässigen sei auch das vom Stadtrat im letzten Jahr geschaffene "Mega-Amt" (Amt für Bildung, Kultur und Sport [ABiKuS]), welches zusätzliche Fr. 200'000.00 gekostet habe und immer noch mit Strukturierungsarbeiten beschäftigt sei. Mit der Rechnung 2012 werde sich dann zeigen, was das neue Amt koste, wenn es ein ganzes Jahr gelaufen sei. Was das Amt an sich bringe, werde sich dagegen wohl nie genau herausfinden lassen.

An der leidigen Geschichte des Lastenausgleichs lasse sich wohl nichts ändern. Persönlich unterstütze er die Äusserung von Stadtrat Beat Sterchi, weil tatsächlich kein Einfluss darauf genommen werden könne, was diesbezüglich genau passiere.

Die FDP/jll-Fraktion beantrage einstimmig, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Im Zusammenhang mit der Rechnung bzw. dem im kommenden August vorliegenden Voranschlag für das Jahr 2013 erlaube er sich bereits jetzt auf zwei Punkte hinzuweisen:

- Er werde persönlich darauf achten, kein strukturelles Defizit mehr zu erzielen.
- In den Spezialfinanzierungen (Bestandesrechnung Seite 125, Konten 2280.xxx) - insbesondere in den Bereichen Abwasser, Kehrrecht und Feuerwehr - seien sehr hohe Beträge eingestellt. Im Zusammenhang mit der Budgetierung interessieren ihn die Zielgrössen der angehäuften Reserven und, ob allenfalls mit einer Gebührensenkung der Ausgleich erwirkt werden wolle.

Zur Pensionskasse werde er sich im Laufe der Beratung noch mit einem persönlichen Votum zu Wort melden.



Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion: Im Namen der SP/GL-Fraktion danke er all denen, die beim akkuraten Zusammentragen der Zahlen und beim Erstellen der Tabellen und der Statistiken mitgewirkt haben, damit man sich aus der einigermaßen übersichtlich dargestellten Rechnung 2011 schlau machen könne.

Auch die SP/GL-Fraktion werde dem Geschäft einstimmig zustimmen. Die SP/GL-Fraktion sei froh, dass die Investitionen endlich realisiert worden seien. Trotz aller Zustimmung halte er namens der SP/GL-Fraktion fest, die Vorlage in Bezug auf einen Punkt zu kritisieren: Die Finanzstrategie sehe vor, die in den Jahren zwischen 2007 und 2009 zusätzlich erwirtschafteten Erträge von Fr. 17,5 Mio. für Steuersenkungen auszugeben. Jährlich sollen dafür ca. Fr. 2,0 Mio. eingesetzt werden, so dass der Betrag in 8 Jahren aufgebraucht wäre.

Er erlaube sich, die Zahlen und Statistiken auch etwas zu "verwursteln" und komme zum Ergebnis, dass wenn nun das bestehende strukturelle Defizit zur Steuersenkung dazugerechnet werde, der Betrag von Fr. 17,5 Mio. aber schon in 4 Jahren aufgebraucht sein werde, was deutlich mache, dass zum eingenommenen Geld keine Sorge getragen werde, indem es irgendwie und irgendwo einfach ausgegeben werde.

In den kommenden Jahren werden Investitionen auf die Stadt zukommen, von denen der Stadtrat wisse, dass sie kommen werden (Sanierung Schulhäuser, Theater, Sanierung Strassen und Plätze, Ausbau im Bereich Bildung, Kultur und Sport, höhere PK-Beiträge, höhere Lastenausgleichszahlungen). Die von den Befürwortern der Steuersenkung zurecht gelegte Strategie, wonach die tiefen Steuern gute Steuerzahlende anziehe, sei nicht wirklich aufgegangen. Die Statistik der "Entwicklung der Einkommensverteilung" zeige zwar, dass die Anzahl Steuerzahlender seit dem Jahr 2002 jährlich stetig ansteige, ein Sprung in den Jahren als die Steuern gesenkt worden seien, sei jedoch nicht zu verzeichnen.

Die Tendenz - immer weniger auszugeben weil immer weniger eingenommen werde - sei bereits spürbar. Die SP/GL-Fraktion möchte nicht wieder jeden Franken zweimal umdrehen müssen, bevor er ausgegeben werde, wie dies vor dem onyx-Millionen-Segen der Fall gewesen sei. Die SP/GL-Fraktion möchte demgemäss auch nicht den Weg in ein Sparbudget zurückfinden, sondern wolle, dass die Investitionen getätigt werden, ohne dass deren Nachfolgekosten zu einem strukturellen Defizit führen. Der Satz: *"Aus finanztechnischen Gründen wird auf xxx verzichtet"* gefalle der SP/GL-Fraktion nicht, weswegen sie nicht damit einverstanden sei, in den kommenden Jahren auf Kosten der Steuersenkung weniger zu investieren.

Daniel Rüegger, EVP/glp-Fraktion: Auch die EVP/glp-Fraktion bedanke sie bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und schliesse in den Dank auch sämtliche Rechnungsprüfungsorgane ein.

Obwohl er als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission das strukturelle Defizit bereits erwähnt habe, halte er fest, dass wenn es nicht gelingen sollte, die Steuereinnahmen markant zu erhöhen, dann werde sich die Situation aufgrund der beschlossenen Ausgaben noch stärker verschlechtern. Der EVP/glp-Fraktion sei bewusst, dass zwischen Notwendigem und Wünschbarem unterschieden werden müsse. Die wirtschaftliche Entwicklung, die zu erhöhten Steuereinnahmen führen sollte, werde für die nächste Zukunft als wenig moderat eingeschätzt. Selbstverständlich seien zusätzliche Steuerzahlende immer herzlich willkommen.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Rahmen der Regierungsrichtlinien des Gemeinderates eine Standortbestimmung durchführen zu müssen und neben den bereits beschlossenen Investitionen eine Priorisierung vorzunehmen. Weil nicht alle vorliegenden Begehrlichkeiten erfüllt werden können, müsse definiert werden, was sich die Stadt leisten könne und wolle. Eine wichtige Grösse spiele dabei auch die gewünschte Höhe des zukünftigen Eigenkapitals.

Die EVP/glp-Fraktion heisse alle im Zusammenhang mit der Rechnung 2011 stehenden Anträge einstimmig gut.

Rudolf Lanz: An der letzten Stadtratssitzung sei er nicht anwesend gewesen, weil er sich einer Operation habe unterziehen müssen. An dieser Stelle danke er dem Stadtrat und insbesondere der Stadtratspräsidentin herzlich für die Glück- und Genesungswünsche, die er noch am selben Abend ins Spital geliefert erhalten habe.



Heute bestehe die Chance, das Ausgabenwachstum der Stadt etwas zu bremsen. Das sei notwendig, weil der Stadt nicht immer mehr Aufgaben zugewiesen werden können, ohne diese mittels Einnahmen finanzieren zu können. In diesem Zusammenhang zu argumentieren, dass die Einnahmenproblematik nur wegen den Steuerersenkungen bestehe, sei falsch. Der Stadtrat müsse sich seiner Finanzverantwortung bewusst sein. Es gehe nicht an zu meinen, dass diejenigen die zahlen können, zahlen sollen, damit alle im Sinne einer "Gleichmacherei" davon profitieren können.

Stadtrat Daniel Rügger danke er für die Äusserung, dass auch die Investitionen priorisiert werden müssen. Es könne nicht sein, das hinterste und letzte Wunschchen zu erfüllen, nur weil dieser Weg angenehmer und einfacher sei, als Nein zu sagen und notwendige Prioritäten zu setzen. In diesem Zusammenhang halte er einmal mehr fest, dass wenn Private die gleichen Leistungen erbringen könne wie der Staat, diese Bereiche den Privaten überlassen werden müssen (Beispiel: Alterszentrum Haslibrunnen).

Das strukturelle Defizit sollte abgebaut werden. Selbstverständlich verlange er vom Gemeinderat eine entsprechende Führung. Als ehemaliger Finanzchef einer grossen Treuhandgesellschaft mit Fr. 450,0 Mio. Umsatz wisse er, dass bei einem Budget von Fr. 90,0 Mio. durchaus 4-5% und somit rund Fr. 4,5 Mio. gespart werden können. Sollte es nötig sein, werde er 1, 2 oder 3 mal in den Budgetprozess einsteigen und das Notwendige noch einmal vornehmen. Es gehe nicht an, einfach zu behaupten, dass Etwas nicht "drin liege", weil es "von Gott gegeben" sei. Es gebe Möglichkeiten sich einzuschränken - wofür der Rat die Verantwortung trage.

In guten Zeiten habe die Dividendenzahlung der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) an die Stadt rund Fr. 2,4 - Fr. 2,8 Mio. betragen. Heute gebe die IBL der Stadt Fr. 1,4 Mio. ab. Dieser Betrag werde aber nicht vom Gewinn bezahlt, sondern diese Fr. 1,4 Mio. werden direkt dem Konsument wieder belastet. Dieses Vorgehen sei sogar auf eine gesetzliche Grundlage gestützt. Eine Dividende müsse nicht bezahlt werden, weil im Stadtrat ein entsprechendes Reglement verabschiedet worden sei, das seiner Meinung nach dringend revisionsbedürftig sei. Mittels eines politischen Vorstosses habe er in Erfahrung bringen wollen, über welche effektiven Aktiven die IBL verfüge, weil er von der IBL eine grössere Abgeltung an die Stadt verlange. Dazumal sei der Vorstoss mit der Begründung abgelehnt worden, dass es nicht möglich sei, die Zahlen in Erfahrung zu bringen. Heute stelle er nun fest, dass die IBL ihr Anlagevermögen um Fr. 41,0 Mio aufgewertet habe und somit über ein Anlagevermögen von Fr. 47 Mio. verfüge. Zudem weise die IBL einen Gewinn von Fr. 40,0 Mio aus, wovon die Stadt Langenthal nichts habe. Der Gewinn werde in einem Sammeltopf angehäuft. Dadurch ergebe sich jetzt ein höheres Abschreibungssubstrat, von welchem in den nächsten Jahren abgeschrieben werden könne, so dass kein Gewinn gezeigt werden müsse. Da dieses Vorgehen nicht im Sinne des Erfinders und damit nicht im Sinne des Stadtrates und der Stadt Langenthal sei, gelte es entsprechende Änderungen vorzunehmen. Im Übrigen gebe es Gerichtsentscheide, wonach eine Aufwertung einer selbstständigen öffentlichen Anstalt nicht richtig sei. Ob dies im vorliegenden Fall auch zutreffe, möchte er nicht überprüfen, da es andere politische und juristische Praxen gebe, die in Langenthal legiert worden seien. Diesbezüglich gefalle ihm persönlich die vorliegende Rechnung nicht, weshalb er es als nötig erachte bei den IBL "den Hebel anzusetzen".

Markus Gfeller: Wie angekündigt äussere er sich zur Pensionskasse und bitte darum, das Augenmerk auf zwei, drei Zahlen zu richten, die aus der Pensionskassenrechnung herausstechen. Dies insbesondere deshalb, weil im Rat bereits öfters darüber diskutiert worden sei und weil sich bis anhin der Stadtrat als auch die Pensionskassenkommission dezidiert geweigert habe, irgend etwas an der Situation zu ändern.

In der Bilanz der Rechnung (Seite 190) sei ersichtlich, dass aufgrund des schlechten Abschneidens der Wertschriftenkurse und selbstverständlich auch wegen Grundlagenwechseln im letzten Jahr die Wertschwankungsreserve haben aufgelöst werden müssen.



Aktuell seien Null Wertschwankungsreserven vorhanden, mit denen künftige Wechselkurse (Kursverluste) abgefedert werden könnten. Die nähere Betrachtung der Wertschriftenrendite in den vergangenen Jahren zeige ein ziemlich ernüchterndes Bild. Eigentlich sei nicht die Vergangenheit sondern die Zukunft - die aber leider von niemandem voraussehbar sei - massgebend. Der relativ breit abgestützte Swiss Performance Index (SPI) beinhalte ca. 200 Schweizer Aktiengesellschaften. Dieser weise in den letzten zwölf Monaten (Stichtag heute) eine Rendite von minus 2% aus. Bei längerfristiger Betrachtung von fünf Jahren ergebe sich ein Durchschnittswert von minus 27%. Der Swiss Market Index (SMI) weise in den letzten zwölf Monaten ein Minus von 3,5% und in den letzten 5 Jahren ein Minus von 36% aus. Der amerikanische Index von Standard and Poors (S&P) habe in den letzten zwölf Monaten immerhin plus 8% - aber in den letzten fünf Jahren auch ein Minus von 12% betragen. In den letzten Jahren habe nicht mit grossen Kursgewinnen gerechnet werden können. In Anbetracht der aktuellen, weltweit unsicheren Wirtschaftslage, sei er persönlich auch nicht so sicher, ob dies nicht auch weiterhin so sein werde. Auch die erzielbaren Renditen auf dem Obligationenmarkt seien momentan höchst bescheiden. Letzte Woche habe die schweizerische Eidgenossenschaft eine neue Anleihe mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einer gezeichneten Rendite von 0,9% pro Jahr herausgegeben. Allen sei bekannt, dass momentan 10-jährige Festhypotheken im Bereich von ca. 1,5% abgeschlossen werden können. Mittelfristig sei deshalb wohl nicht damit zu rechnen, dass auf dem Kapitalmarkt eine grössere Rendite einheimst werden könne.

Aus diesem Grund sei die Herabsetzung des technischen Zinssatzes aus seiner Sicht richtig. Bis ins Jahr 2010 habe der technische Zinssatz 4% betragen. Im Jahr 2011 sei der Entscheid gefallen, diesen auf 3,5% zu senken. Das heisse aber immer noch, dass netto (nach Abzug aller Kosten) 3,5% erwirtschaftet werden müssen, was er aufgrund der genannten Zahlen als höchst schwierig erachte. Kürzlich sei in der Zeitung "Sonntag" ein Artikel eines Wirtschaftsprofessors erschienen, welcher geschrieben habe, dass eigentlich Bilanzbetrug betrieben werde, wenn mit so hohen Zinssätzen gerechnet werde. Obwohl ein Jurist die Aussage sicher nicht so formuliert hätte, treffe diese nicht schlecht zu.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse betrage 92,6%, was gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung von 10% darstelle. Obwohl selbstverständlich auch dort die Reduktion des Zinssatzes eine Rolle gespielt habe, seien 92,6% nicht weit vom Deckungsgrad von 86% der als der schlecht und marode bezeichneten bernischen Lehrerversicherungskasse entfernt. Dass die Pensionskassenkommission im Rahmen der Sanierung darauf verzichtet habe, die Renten zu erhöhen und zu verzinsen, sei seiner Meinung nach eine selbstverständlich wichtige aber eine lediglich kosmetische Übung. Es sei dringend notwendig weitere Schritte zu machen. Der technische Zinssatz dürfte gemäss der Meinung verschiedener Kreise nicht mehr über 3% sein. Die bernische Lehrerversicherungskasse befasse sich sogar mit dem Gedanken, den Zinssatz auf 2,5% zu senken, was vielleicht etwas überzeichnet sei - wogegen der Schritt auf 3% jedoch ernsthaft überlegt werden müsse.

Kürzlich sei über ein neues Pensionskassenreglement gesprochen worden. Der damals beschlossene "Niederschlag" sei in der Betriebsrechnung (Seite 191) sehr gut ersichtlich: Die Position "ordentliche und übrige Beiträge" - insbesondere die Nachzahlungen - zeige, dass im Jahr 2010 die reglementarischen Nachzahlungen der Arbeitnehmenden rund Fr. 300'000.00 betragen haben. Der entsprechende Anteil des Arbeitgebers habe sich auf Fr. 450'000.00 belaufen. Nach neuem Reglement betragen die reglementarischen Nachzahlungen Arbeitnehmer Fr. 370'000.00 und seien somit geringfügig höher, wogegen die reglementarischen Nachzahlungen der Arbeitgeber mit Fr. 900'000.00 zu Buche schlagen, was eine lockere Verdoppelung darstelle. Auf Seite 197 des Berichts im Artikel "3.4 Teilrevision PK-Reglement" stehe der Satz: *".... Die zielgerechte Finanzierung von Lohnerhöhungen musste nach den Änderungen per 1. Januar 2011 noch einmal angepasst werden. ..."* Aufgrund dieser Aussage interessierte es ihn persönlich sehr, wo die Rechnung 2012 landen werde.

Es gelte sich nun an die Arbeit zu machen. Er hoffe tatsächlich, dass weder von der politischen Führung noch von der Verwaltungsführung aktive Verhinderungspolitik betrieben werde



Lukas Felber: Die Ausführungen des Fraktionssprechenden der SP/GL-Fraktion habe ihn in Erstaunen versetzt, zumal das verwendete Wort "Verwurstelung" sehr auf die Ausführungen von Stadtrat Bernhard Marti selber zutrefte. Erstens sei es nicht so, dass die Stadt Langenthal immer weniger ausgeben wolle, weil sie weniger einnehme, was sich daran zeige, dass der Aufwand in den letzten Jahren konstant zugenommen habe. Eine Tatsache sei doch einfach, dass wer von strukturellem Defizit spreche nicht gleichzeitig von Steuersenkungen reden sollte, weil selbst wenn die Steuersenkung retour gerechnet würde, immer noch ein strukturelles Defizit übrig bleiben würde, was einfach ausgedrückt heisse, dass die Stadt einfach zu grosse Strukturen im Vergleich zu ihren Einnahmen habe - selbst wenn mit dem alten Steuersatz gerechnet würde.

Wer wirklich einen Beitrag leisten wolle, um das strukturelle Defizit verschwinden zu lassen, habe erstmals heute Abend die Möglichkeit, diesen Willen bei der Schlussabstimmung zum Traktandum Nr. 7 (Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal) unter Beweis zu stellen, wozu er alle ganz herzlich einlade.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Gemeinderechnungen für das Jahr 2011, umfassend
 - die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal
 - die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthalwerden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Verwaltungsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2011; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Wer den Bericht betrachte, stelle fest, dass er von aussen genau gleich aussehe, wie die Rechnung 2011. Der Bericht stelle ein Summary aller Gegebenheiten dar, die durch das Jahr 2011 passiert seien und enthalte auch eine Auflistung aller parlamentarischen Vorstösse. Ihm sei die Bemerkung erlaubt, dass das Summary auch dazu verhelfen sollte, dem Kurzzeitgedächtnis auf die Sprünge zu helfen, weil alles was im Laufe eines Jahres veranstaltet werde, schlussendlich mit der Rechnung zu genehmigen sei.

Artikel 26 Absatz 1 der Stadtverfassung lege die Basis für die Berichterstattung. Das vorliegende Dokument sei wie in den vergangenen Jahren strukturiert, womit eine erleichterte Vergleichsmöglichkeit mit anderen Jahren gegeben sei.

Bereits letztes Jahr habe er namens des Gemeinderates davon gesprochen, den Verwaltungsbericht 2011 in inhaltlicher Art etwas umzumodeln, um die Komponente der politischen Berichterstattung etwas höher zu gewichten. Die Umsetzung des Vorhabens habe für diesen Bericht aber noch nicht erfolgen können, weil die ganze Berichterstattung im Zusammenhang mit dem strukturellen Aufbau der Verwaltungsführung stehe. Dem Stadtrat sei bekannt, dass ein entsprechendes Projekt am Laufen sei, womit die Berichterstattung systematisch von unten nach oben (angefangen bei den Ämtern) aufgegleist werden müsse. Die Berichterstattungsebene sei mittlerweile so aufgegleist, dass im nächsten Jahr mit einem Bericht in neuer Form (mit politischen Komponenten) gerechnet werden könne. Welche Inhalte künftig fehlen werden, könne er jedoch heute noch nicht sagen. Es könnte jedoch sein, dass die heute vorhandene Berichterstattung einem Teil der Leute fehle werde.

Im Zusammenhang mit dem Antrag zur Genehmigung des Verwaltungsberichts 2011 werde die Abschreibung von vier parlamentarischen Vorstössen beantragt:

- Die Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals, sei im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bahnhofareals zu verstehen. Bekannt sei, dass in der Stadtplanung ein Schwergewicht auf das Bahnhofareal gelegt worden sei, indem ein Entwicklungsschwerpunkt definiert werden können, der zum Kernelement des Agglomerationsprogramms gemacht worden sei. Aus dieser Grundlage heraus, erachte der Gemeinderat die Abschreibung des Vorstosses als gerechtfertigt.
- Das Postulat Habegger-Heiniger Karin (SP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend die Prüfung einer klareren und sicheren Gestaltung der Bahnhofplatzmarkierung zur Verbesserung der Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger, gehe in die ähnliche Richtung wie die vorgenannte Motion. Der Gemeinderat erachte auch das Postulat als erfüllt, zumal mit den aufgegleisten Studienaufträgen im Zusammenhang mit dem ESP-Bahnhof bereits eine weitere Stufe erreicht sei.
- In Bezug auf das Postulat Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2007 betreffend die Einholung von Generalvollmachten zur Akteneinsicht bei anderen Amtsstellen bei Sozialhilfeempfängenden im Sozialamt Langenthal, verweise der Gemeinderat auf die Revision der übergeordneten Gesetzgebung. Da der Grosse Rat einen Artikel eingesetzt habe, der die Generalvollmacht ermögliche, komme der Gemeinderat zum Schluss, dass das Postulat ebenfalls erfüllt sei und abgeschrieben werden könne.



- Das Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften [Immobilien und/oder Betrieb]), sei nach Ansicht des Gemeinderates erfüllt, weil eine Begleitgruppe eingesetzt worden sei, die sich mit der Thematik bereits an zwei Sitzungen auseinandergesetzt habe.

Im Namen des Gemeinderates danke er den vielen Verfassern des Verwaltungsberichtes 2011 und Frau Valentina Appenzeller, welche die Daten zusammengetragen habe.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Der Geschäftsprüfungskommission komme normalerweise die Rolle der ewigen Nörglerin zu, weil sie alle auf ihrem Tisch liegenden Geschäfte kritisch hinterfrage. Die Buchstaben: "G-P-K" könnten deshalb auch als Abkürzung für "gäng-pingelig-kritisch" verwendet werden. Einmal im Jahr, wenn der Verwaltungsbericht vorliege, könne die GPK aber anders sein. Spätestens dann danke die GPK der ganzen Verwaltung für deren tagtäglich geleistete Arbeit, ohne gross Publicity dafür zu machen. Das sei nicht selbstverständlich, da Verwaltungsangestellte häufig vorder- oder hintergründig den Vorwurf einstecken müssen, Bürokraten und Paragraphenreiter zu sein. Der Verwaltungsbericht bewiese aber, dass im Glaspalast gut und viel gearbeitet werde. Auf 185 Seiten des Verwaltungsberichts 2011 könne nachgelesen werden, dass das Verwalten einer Stadt wie Langenthal - auch wegen den Politikerinnen und Politikern - viel zu tun gebe, dass die Arbeit aber auch abwechslungsreich und vielseitig sei.

Beim Durchlesen des vorliegenden Berichtes seien der GPK diverse Punkte aufgefallen:

- Der Prüfbericht zum Postulat (gewandelte Motion) Baumgartner Renato (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer elektronischen Aktenauflage für die Räte und Kommissionen, sei dem Parlament eigentlich Mitte Jahr versprochen worden. Mittlerweile sei bekannt, dass es aber eine Verzögerung gebe, weil die parlamentarischen Vorstösse nun auch auf www.langenthal.ch abgebildet werden sollen, was eiteln Stadträten sicher nur recht sein könne.
- Unter dem Titel "3.5.1.2 Kreditbewilligungen", Seite 54 finde sich die Position "- Strassen; Sanierungsbedarf der städtischen Strassen gemäss Erhaltungsmanagement (6. Juli 2011) Fr. 235'000.00". Dieser Betrag übersteige die normale Kreditlimite von Fr. 50'000.00, über die der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschliessen könne, deutlich. Für Projekte zur Basiserschliessung verfüge der Gemeinderat jedoch über eine Kompetenzgrenze von Fr. 1,0 Mio., womit alles mit rechten Dingen zu- und hergegangen sei.
- Unter dem Titel "3.5.1.3 Kreditabrechnungen", Seite 57 seien diverse Arbeiten an der Liegenschaft Mühle (Jugendhaus) aufgelistet (4 Abrechnungen), die zusammengerechnet Fr. 350'000.00 ergeben. Auch dort könnte angenommen werden, dass der Gemeinderat seine Kreditkompetenzgrenze überschritten habe, was aber in keiner Art und Weise der Fall sei, weil es sich dabei um Kreditabrechnungen und nicht um neue Kredite handle.
- Bei Betrachtung der Auflistung unter dem Titels "4.1.3.3 Personalmutationen", Seiten 65f, sei der GPK die grosse Fluktuation im Sozialamt aufgefallen. Die zwölf Austritte seien aber ins Verhältnis zu den insgesamt 75 Stellen des Sozialamtes zu stellen. Der Sozialbereich brauche klar am meisten Personal, zumal es sich offenbar in diesem Bereich um "Verschleissjobs" handle.
- Betreffend das Thema Ausländer ("4.6.13.3 Statistik der Ausländerinnen und Ausländer") Seite 137, sei politisch korrekt zu vermerken, dass in Langenthal kein Herkunftsland überaus stark dominiere. Mit knapp 3,3% der Bevölkerung seien die Ausländer früherer Kriegsgebiete (Serbien, Montenegro, Kosovo) nach wie vor am stärksten vertreten - dies allerdings mit abnehmender Tendenz. Auch in Langenthal gelte: "Die Deutschen kommen".



- Eine Schmunzette im ansonsten sachlich gehaltenen Verwaltungsbericht stellen die Informationen unter dem Untertitel "Die statistische Aussage zum Schmunzeln", Seite 142 dar. Dort könne nachgelesen werden, dass im Alterszentrum Haslibrunnen im letzten Jahr über fünf Tonnen Fleisch und Fisch verzehrt worden sei, was einer täglichen Zubereitung und Konsumation von 13,951 kg Fleisch im Wert von Fr. 254.97 entspreche. Diese Information zeige, dass auch die Alten Fleisch und nicht nur Beilagen bekommen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe einstimmig die formell korrekte Bearbeitung des Verwaltungsberichts und auch die vom Gemeinderat zur Abschreibung beantragten parlamentarischen Vorstösse festgestellt. Allerdings seien die in den Vorstössen behandelten Themen mit der Abschreibung noch nicht vom Tisch.

Ruth Trachsel, EVP/glp-Fraktion: Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie dem Gemeinderat für die mit der Verwaltungsberichterstattung verbundene Arbeit. Die EVP/glp-Fraktion genehmige den Bericht.

Im Jahr 2011 habe es rege personelle Mutationen gegeben. Allein im Stadtrat seien 8 Wechsel zu verzeichnen, wozu auch sie selber gehöre. Ein Blick etwas weiter zurück zeige, dass von den 40 Stadträtinnen und Stadträten, die das Amt am 1. Januar 2009 angetreten haben, noch 21 Personen dabei seien. Im Jahr 2011 habe es auch in den Kommissionen personelle Wechsel gegeben (Volksschulkommission: 2 Personen; Geschäftsprüfungskommission: 3 Personen; Finanzkommission: 2 Personen). Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass sich in Langenthal auch politisch etwas bewegt habe.

Lurata Reçi-Dauti, SP/GL-Fraktion: Der Verwaltungsbericht habe in der SP/GL-Fraktion nicht viel zu diskutieren gegeben. Die SP/GL-Fraktion danke den Berichtverfassenden für die umfassende, interessante und übersichtliche Berichterstattung. Die SP/GL-Fraktion nehme den Verwaltungsbericht unter der Anmerkung von zwei Punkten zur Kenntnis:

- "4.4.7.4 Energiestadt Langenthal", Seite 109: Die SP/GL-Fraktion nehme das Re-Audit zur Kenntnis, behalte sich aber vor, in Zukunft an diesem Punkt "dran zu bleiben".
- Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse: Die SP/GL-Fraktion nehme die Abschreibungen zur Kenntnis, werde sich jedoch erlauben, sich in Zukunft über den Stand der Dinge zu erkundigen.

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: *"Einen hab ich noch, einen hab ich noch!"* habe der Komiker Otto Waalkes zu sagen gepflegt, wenn er am Schluss noch einen Gag draufsetzen wollte. Selbstverständlich wolle sie den Verwaltungsbericht nicht mit einem Gag von Otto Waalkes vergleichen, obschon dieser Gedanke nicht ganz so abwegig sei, weil der Verwaltungsbericht 2011 eben immer noch in der altbekannten Form und Fassung vorliege, was vermuten lasse, dass offenbar auch die Verwaltung der Stadt Langenthal nicht aufhören könne, etwas daran zu ändern. Der Bericht sei nach wie vor ein Summary aller Tätigkeiten ohne politische Berichterstattung. Der neue Modus werde aber vielleicht im Bericht des Jahres 2012 zur Anwendung kommen. Für die FDP/jll-Fraktion stimme der Bericht 2011 wie er vorliege. Auch die FDP/jll-Fraktion danke der Verwaltung für die Arbeit.

Die FDP/jll-Fraktion finde es interessant, dass unter dem Titel "4.1.2.1 Beschwerdeverfahren", Seite 64, zum Thema Minarett als auch über die vernichteten Stimmzettel nur ein paar Zeilen zu finden seien, obwohl letztlich die Medien zu diesen Themen ziemlich voll gewesen seien. Interessant sei auch, dass Langenthal die Szene offenbar im Griff habe ("Offene Alkohol- und Drogenszene", Seite 117). An dieser Stelle danke die FDP/jll-Fraktion allen zuständigen Verantwortlichen auch in materieller Hinsicht für die geleistete Arbeit.

Die FDP/jll-Fraktion nehme den Bericht - letztmals in vorliegender Form - würdigend und verdankend zur Kenntnis und stimme den Abschreibungsanträgen des Gemeinderates zu.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Samuel Köhli: Beim Durchlesen des Verwaltungsberichtes habe er festgestellt, dass zwei relativ grosse und wichtige Geschäfte darin fehlen:

- **Schulraumplanung:** Insgesamt hätten sechs Sitzungen mit einer Begleitgruppe stattgefunden. In einer aufwändigen Planung sei aufgezeigt worden, dass in Langenthal zum Teil ein massives Schulraumdefizit herrsche. Mittels Pavillon in Elementbauweise werde die kurzfristige Schaffung von zusätzlichem Schulraum im Kreuzfeld oder mit einem Entlastungsbau im Hard empfohlen.
- **Konzept Bewegungsraum- und Sportanlagen:** Auch dazu lasse sich im Bericht nichts finden. Frau Gemeinderätin Paula Schaub-Holt habe an der Stadtratssitzung vom 7. Mai 2012 umfassend über das Thema informiert.

Die Gemeinsamkeit der beiden Themen bestehe darin, dass sie den Finanzplan der Stadt Langenthal massiv belasten werden. Auch wenn nur die allernotwendigsten Bedürfnisse aus diesen beiden Planungen verwirklicht werden, werde dies enorm viel Geld kosten. Er bitte den Gemeinderat zu begründen, weshalb diese beiden Geschäfte im Verwaltungsbericht 2011 nicht erwähnt seien, oder muss deren Nichtvorhandensein als ein Hinweis darauf verstanden werden, dass die beiden Themen "schubladisiert" worden seien?

Im Weiteren verweise er auf das Thema "Markthallen-Areal" (Seite 89). Obwohl die Masterplanung noch nicht vorliege und das Mitwirkungsverfahren noch vorgesehen sei, sei bereits vorgängig und während der laufenden Planung Land an eine Investorengruppe verkauft worden. Die Investorengruppe wolle das markante Wasserrad überbauen und den Sagibach und das Sagibachufer mit einer grossen Parkieranlage zubetonieren. Für ihn stelle dieses Vorgehen einen Affront gegenüber allen an der Planung beteiligten Personen, den Anwohnenden und der zur Mitwirkung noch einzuladenden Bevölkerung dar. Es stelle sich ihm die Frage, wie es möglich sei, das Land "unter der Hand" zu verkaufen, ohne den Direktbetroffenen die Möglichkeit gegeben zu haben, mitzubieten und welche Beziehungen notwendig seien, um an ein solches Geschäft heranzukommen. Mit einem solchen Vorgehen, werde in der Bevölkerung kein grosses Vertrauen geschaffen, sondern Misstrauen und Neid gestreut. Er hoffe deshalb, dass das Geschäft noch etwas zu reden geben werde.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat danke für die ausgesprochene Anerkennung der geleisteten Verwaltungsarbeit.

In der Beratung seien Themen der Verwaltung als auch politische Themen angesprochen worden, welche es jedoch klar zu unterscheiden gelte. Bei den Themen Schulraumplanung und Bewegungsraum- und Sportkonzept handle es sich um vom Gemeinderat initiierte Konzeptarbeiten, wovon momentan erst erste Zwischenergebnisse aber absolut noch keine politischen Würdigungen vorliegen. Der Gemeinderat habe den Stadtrat über die diesbezüglichen Grundlagenarbeiten informiert. Im Zuge der Neugestaltung künftiger Verwaltungsberichte lassen sich solche Themen vermehrt zur Sprache bringen, was auch seinen Vorstellungen in Bezug auf die neue Berichterstattungsform entspreche.

Was das Markthallen-Areal betreffe, so bitte er doch zur Kenntnis zu nehmen, dass der Stadtrat eine Überbauungsordnung verabschiedet habe, worin Baufelder (auch das angesprochene Baufeld) ausgeschieden worden seien. Eine übergeordnete längerfristige definierte Planung lasse sich nicht einfach stoppen. Im Übrigen verhalte es sich auch beim Projekt ESP-Bahnhof gleich. Auch dort bestehe die Rechtsgrundlage aus dem bestehenden Zonenplan.

Es könne wohl kaum davon ausgegangen werden, dass aufgrund einer Diskussion, sämtliche vorgesehenen und definierten Punkte einfach gestoppt werden können. Er gehe davon aus, dass den Stadratsmitgliedern die Überbauungsordnung "Sagibach" - die auch Elemente der oberen Marktgasse beinhalte - bekannt sei. Demgemäss sei auch bekannt, dass die Überbauungsordnung ein Baufeld beinhalte, welches - weil es entsprechend definiert worden sei - nun auch und entsprechend der Rechtsgrundlage in die Realisierungsphase kommen könne. Es handle sich dabei in keiner Weise um ein Vorgehen, das sich bei Nacht und Nebel unter der Hand abgespielt habe.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2011 wird genehmigt.

2. Der Stadtrat beschliesst die Abschreibung der Vorstösse (Art. 41 Geschäftsordnung Stadtrat):

A Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals

Eingereicht und begründet am 27. März 2006; erheblich erklärt am 26. Juni 2006

B Postulat Habegger-Heiniger Karin (SP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend die Prüfung einer klareren und sicheren Gestaltung der Bahnhofplatzmarkierung zur Verbesserung der Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger

Eingereicht und begründet am 27. März 2006; erheblich erklärt am 26. Juni 2006

C Postulat Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2007 betreffend die Einholung von Generalvollmachten zur Akteneinsicht bei anderen Amtsstellen bei Sozialhilfeempfangenden im Sozialamt Langenthal

Eingereicht und begründet am 20. August 2007; erheblich erklärt am 19. November 2007

D Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischt-wirtschaftlichen Trägerschaften (Immobilien und/oder Betrieb))

Eingereicht und begründet am 10. Mai 2010; erheblich erklärt am 23. August 2010

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

3. **Richtlinienmotion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011** (erheblich erklärt am 22. August 2011); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 34a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Die gemeinderätliche Berichterstattung liege in schriftlicher Form vor. Die Vorlage beinhalte keinen Beschlussesantrag, weshalb keine Abstimmung über die Vorlage stattfinde. Der Bericht als auch die Abschreibung des Vorstosses von der Geschäftskontrolle des Stadtrates könne lediglich zur Kenntnis genommen werden.

III Abstimmung: keine

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Berichterstattung zur Richtlinienmotion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011 (erheblich erklärt am 22. August 2011) **sowie die Abschreibung der Motion von der Geschäftskontrolle des Stadtrates zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Postulat Baumgartner Renato (SP) vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Mitglieder des Stadtrates (erheblich erklärt am 22. August 2011); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Im Wissen, dass alle Stadtratsmitglieder über eine E-Mail-Adresse verfügen und somit grundsätzlich auf dem Mail-Weg erreichbar seien, erfolge der Versand von Medienmitteilungen und Informationen nach Möglichkeit bereits heute in elektronischer Form.

Aus technischer Sicht gebe es eigentlich keine Gründe, die gegen die Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Stadträtinnen und Stadträte sprechen. Aus sicherheitstechnischen und gewissen administrativen Überlegungen komme der Fachbericht jedoch zum Schluss, eine einfache Umleitung von einer @langenthal.ch-Adresse zu einer privaten E-Mail-Adresse nicht zu empfehlen, obschon dies machbar wäre.

In der Stadt werde ein in sich geschlossenes System gepflegt. Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sei es beispielsweise nicht möglich, einen Memory-Stick in ihre Arbeitsstation zu stecken, weil alle Daten die Firewall passieren müssen, um all die sicherheitstechnischen Vorbehalte zu erfüllen. Einzelnen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sei es heute möglich, mittels Elcards von ihrem Heimsystem via das Internet aufs städtische Netz zuzugreifen. Obwohl die Kosten für den Zugriff an sich nicht so hoch seien, führe es trotzdem in der Summe zu grösseren Kosten, weil die Zugriffsmöglichkeit mit der Installation und dem Unterhalt von zusätzlicher Software und von Gerätschaften verbunden sei. Ausserdem müsste verwaltungsintern ein gewisser Aufwand für die Pflege eines solchen Systems eingerechnet werden.

Die Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse zu wollen, basiere offenbar nicht auf dem Wunsch eine bessere Erreichbarkeit zu erzielen, sondern eher darin, die Identifikation zu verbessern. In Kenntnis des Vornamens und Nachnamens einer Person sei die Mailzustellung ja relativ einfach abzuleiten (x.y@langenthal.ch). Wenn er als Grossrat des Kantons Bern eine E-Mail auf der offiziellen Homepage platzieren wolle, dann müsse er dies entweder mit der E-Mail-Adresse der Stadt Langenthal oder mit seiner privaten E-Mail-Adresse tun, weil ihm keine @be.ch-Adresse zur Verfügung stehe. Wenn ihn also jemand via E-Mail aus dem Kanton Bern über etwas informieren wolle, dann müsse dieser die Adresse in einem entsprechenden Verzeichnis suchen, um ihn per Mail kontaktieren zu können. Dass es keine offizielle Adresse des Kantons für Grossrätinnen und Grossräte gebe, habe vielleicht im Hinblick auf das Benutzerverhalten einen guten Grund. Der Absender einer E-Mail an eine @langenthal.ch-Adresse, habe eine gewisse Erwartungshaltung an den Empfänger. In der Verwaltung werden Mails täglich gepflegt und bearbeitet, so dass innert nützlicher Frist eine Antwort vorliege, was nun aber nicht heissen soll, dass Stadtratsmitglieder dies nicht ebenfalls tun würden, aber vorausgesetzt werden könne dies wahrscheinlich trotzdem nicht. Im Weiteren stelle sich die Frage, wie weit es entscheidend sei, sich so identifizieren zu können, da allenfalls die Gefahr bestehe, die Verwaltungszuständigkeit mit anderen Bereichen zu vermischen.

Der Gemeinderat gehe auch davon aus, dass die Einrichtung mit einem gewissen Betreuungsaufwand verbunden wäre, zumal verschiedene Systeme benutzt werden. Im Prüfbericht vom 19. März 2012 werde beispielsweise darauf hingewiesen, dass im MAC-System-Umfeld die Remote-Access-Software Schwierigkeiten bereiten könne.

Trotz des Wissens, dass die Einführung technisch möglich wäre, komme der Gemeinderat aufgrund der dargelegten Überlegungen zum Schluss, auf die Einführung von @langenthal.ch-Adressen zu verzichten und damit die heutige Lösung (Verwendung privater E-Mail-Adressen) beizubehalten. Mit dem vorliegenden Prüfbericht sei die Prüfung des Anliegens vollzogen, weshalb der Gemeinderat die Abschreibung des Vorstosses beantrage.



Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion setze hinter den vorliegenden Prüfbericht und hinter das Nein des Gemeinderates zur Installation von @langenthal.ch-Adressen für Stadträte ein Fragezeichen. Die FDP/jll-Fraktion habe sich etwas mehr Entgegenkommen des Gemeinderates vorgestellt.

Die Einfachlösung bestünde darin, eine an ein Stadtratsmitglied adressierte E-Mail via das städtische System an dessen private E-Mail-Adresse weiterzuleiten und dem Stadtratsmitglied die Möglichkeit einzuräumen, die E-Mail wieder via das städtische Netz beantworten zu können. Diese Einfachlösung stelle jedoch eine ungeschützte Verbindung mit einem privaten Computer dar. Die eigentliche Gefahr für das städtische Netz gehe eher nicht von der Person aus, die via das städtische Netz eine E-Mail an ein Stadtratsmitglied schicken wolle. Obwohl angenommen werden dürfe, dass auch von den einzelnen Stadträten her keine Gefahr bestehe, gehe eine gewisse Gefahr aber von deren privaten Computern aus, die einen Trojaner etc. intus haben könnten, der ins Netz der Stadt eindringen könnte. Die Ergreifung von Sicherheitsmassnahmen sei deshalb notwendig und nachvollziehbar.

Das Elcard-Konzept wirke überzeugend. Mittels Elcard und einem Benutzernamen mit Passwort könnten sich die Stadtratsmitglieder gegenüber dem städtischen Netz identifizieren, um darauf zugreifen zu können.

Es gelte sich nun zu entscheiden, ob dem Gemeinderat zugestimmt werden soll, der die Idee begraben wolle, eine @langenthal.ch-Adresse für Stadtratmitglieder einzurichten, oder ob der Postulant unterstützt werden soll, wenn dieser das Postulat nicht abschreiben lassen wolle. Einige Mitglieder der FDP/jll-Fraktion finden es schade, die Idee zu begraben, da es verständlich sei, dass nicht jedes Stadtratsmitglied seine eigene private Adresse ins Netz stellen lassen wolle, weil diese über das Engagement im Stadtrat hinaus noch bekannt bleibe. Einige dieser Mitglieder wären bereit, den Postulanten zu unterstützen, falls dieser das Postulat nicht abschreiben lassen möchte. Die FDP/jll-Fraktion möchte der Stadt aber prinzipiell keine neuen Ausgaben auferlegen, obwohl die wiederkehrenden Kosten von Fr. 6'000.00 und eine einmalige Ausgabe von Fr. 9'700.00 zugegebenermassen massvoll seien.

Renato Baumgartner: Für die vom Vorredner erhaltene Unterstützung danke er bestens, zumal die Tatsache, dass der Kanton etwas nicht habe oder anbiete, nicht heissen müsse, dass der Langenthaler Stadtrat auch darauf verzichten müsse.

Mit dem vorliegenden Prüfbericht sei er ganz und gar nicht zufrieden. Vor allem die Formulierung: *"Auf eine Weiterleitung der E-Mails aus der Mail Domain @langenthal.ch an private E-Mail-Adressen wird aus Sicherheits- und administrativen Gründen bewusst verzichtet."* finde er unverständlich, da es keine administrativen Gründe gegen das Anliegen gebe. Die Vergabe von @langenthal.ch-Adressen an die 40 Mitglieder des Stadtrates wäre mit einem Zeitbedarf von in etwa einer halbe Stunde bis zu einer Stunde verbunden. Später müssten alle paar Monate Mutationen (Auswechslungen) durchgeführt werden. Sicherheitsaspekte als Gründe dagegen anzuführen, finde er ebenso unverständlich, da das ganze System ja nicht über das System der Stadt, sondern über den Mail-Exchange-Server abgewickelt werde.

Das im Bericht erwähnte Fazit erachte er als hanebücherisch: Einerseits weil im Postulatstext bereits erwähnt sei, dass Gemeinde- und Stadträte eine unterschiedliche E-Mail-Syntax brauchen. Andererseits, weil der Satz: *"Hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit muss eine Weisung über den Gebrauch der Mailboxen und den Umgang mit elektronischen Dokumenten ausgearbeitet werden."* die Frage aufwerfe, ob denn die Stadt Langenthal im Jahr 2012 noch über keinen Erlass (Weisung oder Reglement) verfüge, worin der Umgang mit elektronischen Dokumenten geregelt sei. Die Zustellung von Medienmitteilungen und anderer Informationen an die Stadtratsmitglieder erfolge schon heute elektronisch, wozu allerdings keine Erhöhung der Sicherheitsstufe nötig sei. Dass aber auch für die stadtinterne Benutzung keine entsprechenden Vorschriften vorhanden sein sollen, erstaune ihn doch sehr.

Was den Datenschutz betreffe, so finde er es doch "schön", dass im Prüfbericht ein Printscreen vom Posteingang eines Outlook-Benutzers abgebildet sei, mit welchem der E-Mail-Verkehr der betreffenden Person nachverfolgt werden könne.



Zum Einen gehe es ihm darum, als Stadtrat gut erreichbar zu sein. Wenn er Stadtrat XY eine Nachricht zukommen lassen wolle, möchte er nicht halbstundenlang nach dessen E-Mail-Adresse suchen müssen. Zum Anderen könne er sich nicht daran erinnern, der Verwaltung mit der Bekanntgabe seiner privaten E-Mail-Adresse auch das Einverständnis gegeben zu haben, dass alle Stadtratsmitglieder, Medienvertretende und andere Empfänger von Medienmitteilungen mit seiner privaten E-Mail-Adresse, die im ellenlangen Zustellungsverteiler aufgeführt sei, ausgestattet werden.

Obwohl er sich bewusst sei, dass - auch wenn das Postulat nicht abgeschrieben würde - nicht viel passieren werde, sei er gegen die Abschreibung des Postulats. In diesem Bereich werde der Stadtrat aber so oder so noch etwas von ihm hören. Auf die Elcard - welche seiner Meinung nach eine sicher gute aber teure Lösung darstelle - komme er eventuell wieder zurück, wenn im Stadtrat über die elektronische Aktenauflage gesprochen werde.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit Bezug auf die Aussage, dass keine Weisungen vorhanden seien, stelle er klar fest, dass keine vertraulichen Daten an private Mailadressen verschickt werden. Wenn die Verwaltung Sachen wie Medienmitteilungen verschicke, haben die darin enthaltenen Informationen einen Öffentlichkeitscharakter, ansonsten kein Versand an die Medien erfolge. Der Gemeinderat habe eingeführt, dass gleichzeitig mit der Zustellung Medienmitteilung an die Medien auch die Stadträte über den Inhalt der Meldungen informiert werden. Für die Zustellung von E-Mails an die Gemeinderatsmitglieder sei mittlerweile ein System mit einem Vertraulichkeitsschlüssel aufgebaut worden. Die Handhabung sei aber relativ kompliziert. Da vertrauliche Daten ausserhalb dieses Systems aber nicht via Mail verschickt werden, habe bis anhin auch kein Weisungsbedarf bestanden. Wenn ein Administrativsystem zur elektronischen Einsicht von Akten beispielsweise eingeführt werden wolle, dann wären dazu noch andere Komponenten zu berücksichtigen.

Die Meinung, dass sich eine E-Mail-Adresse bei allen einfach einrichten lasse und dass die Adresse dann quasi wunderbar funktioniere, entspreche nicht den bisher gemachten Erfahrungen. Eine E-Mail komme im Computer des Adressaten nicht einfach an. Wenn der betreffende Computer beispielsweise ein Problem habe, werde die entsprechende Fehlermeldung und somit die E-Mail von der städtischen Firewall abgefangen. Unter Umständen werde eine E-Mail also nicht weitergeleitet, weil sie über die Oberfläche von www.langenthal.ch transportiert werde.

Die Kritik am Datenschutz in Bezug auf die nicht erwünschte Offenlegung der Mailadressen bei Medienmitteilungen, nehme er entgegen. Er hoffe jedoch künftig keine Telefonate mit Personen führen zu müssen, die wissen wollen, weshalb sie eine "private" Mitteilung erhalten haben.

Als Stadtpräsident verfüge er über persönliche Erfahrungen mit der Elcard. Er habe oftmals - aus unbekannten und auch von Computerfachleuten nicht zu erklärenden Gründen - Schwierigkeiten, auf das städtische Netz zugreifen zu können. Ein halber Tag später könne es dann sein, dass der Zugriff möglich sei. Auch diese Übermittlungen wären an sich locker und einfach, was aber ab und zu und aus unbeeinflussbaren technischen Gründen nicht der Praxis entspreche.

Weiter sei angeführt worden, dass man seine private Mailadresse nicht im Netz haben möchte. Jedem sollte die Möglichkeit bekannt sein, eine private Mail-Adresse mit einer anderen Mail-Adresse hinterlegen zu können. Damit sei es möglich, eine Adresse während einer bestimmten Dauer zu benutzen und sie dann wieder zu löschen, wenn kein Bedarf mehr bestehe (beispielsweise während der Amtszeit als Stadtrat). Das Problem sich im Netz mit der eigenen Adresse bloss stellen zu müssen, sei im heutigen Zeitalter lösbar.

Es gelte sich die Frage zu stellen, ob die Institutionalisierung mit einer erkennbaren Adresse (@langenthal.ch) als das "gelbe vom Ei" zu bezeichnen sei, oder, ob die heute bestehenden Lösung nicht einfacher, konsequenter und aufgrund der erwähnten Risiken unbelasteter funktioniere.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Baumgartner Renato (SP) vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Mitglieder des Stadtrates (erheblich erklärt am 22. August 2011) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. **Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: "Stopp dem Lichtsmog" - Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum** (erheblich erklärt am 25. Januar 2010); **Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Beim vorliegenden Geschäft gehe es darum, dass bei der Revision der reglementarischen Grundlagen (Geschäftsordnung des Stadtrates Art. 36 Abs. 5) festgelegt worden sei, dass erheblich erklärte Motionen vom Gemeinderat zu behandeln seien und dass der Gemeinderat innerhalb der Frist von 2 Jahren seit der Erheblicherklärung darüber zu berichten oder Antrag zu stellen habe.

An der Motion Ischi "Stopp den Lichtsmog", die am 25. Januar 2010 erheblich erklärt worden sei, werde sehr intensiv gearbeitet, was dem Bericht des Stadtbauamtes vom 11. April 2011 entnommen werden könne. Grundsätzlich habe vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden müssen, dass das Problem - obwohl es relativ einfach töne - in der operativen Ausführung aber doch mit gewissen Handicaps belastet sei. Eine eingesetzte Arbeitsgruppe habe schon mehrmals unter dem Beizug von Fachexperten getagt. Die Arbeit befinde sich zum jetzigen Zeitpunkt auf der Ebene eines so genannten Normkonzepts, in welchem die verschiedenen Bereiche, die der Motionär angesprochen habe, auf eine Basis gebracht worden seien.

Da die reglementarischen Bestimmungen nach Art. 36 Abs. 2 innerhalb der geforderten Frist nicht eingehalten werden können und weil bereits zwei Jahre seit der Erheblicherklärung vergangen seien, beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, die Bearbeitungsfrist für die Motion um zwei Jahre zu verlängern (Art. 36 Abs. 5 Geschäftsordnung Stadtrat).

Die Bearbeitungsfristverlängerung von zwei Jahren heisse aber nicht, dass der Gemeinderat nun zwei Jahre nichts von sich hören lasse. Der Gemeinderat sei momentan daran, das Reglement vorzubereiten. Aus dem Grund, dass das Reglement die entsprechenden Kommissionen noch durchlaufen müsse, werde dem Stadtrat beantragt die Verlängerung der Bearbeitungsfrist um zwei Jahre zu genehmigen.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion begrüsse dieses seriöse und umfangreiche Vorgehen zur Erarbeitung dieses Reglements zur Verminderung des nächtlichen Lichtsmogs. Das Reglement soll schlussendlich ein für die Stadt Langenthal griffiges, ausgereiftes und brauchbares Instrument bilden, um auf die Probleme eingehen zu können, die die dicht besiedelte Welt (Flora und Fauna) im täglichen und nächtlichen Rhythmus stören und die zusätzlich auch unnötig Energieressourcen verbrauchen.

Die EVP/glp-Fraktion stimme der Fristverlängerung zu, hoffe aber natürlich, dass die Bearbeitung schneller vorangehen werde, so dass weniger als die 2 Jahre dafür notwendig sei. Der Stadtpräsident habe bereits erwähnt, dass dem Gemeinderat ein Grobentwurf des Reglements noch diesen Herbst vorgelegt werde.

Er danke dem Stadtbauamt für die bereits getätigte umfangreiche Abklärung. Er denke, dass Langenthal in Bezug auf dieses Thema gegenüber dem Bund und Kanton im Vorsprung sei und dass Bund als auch der Kanton gespannt nach Langenthal blicken, um zu erfahren, wie dieses Reglement erscheinen werde. Er hoffe natürlich, dass der Bund als auch der Kanton mit ihren Entscheiden der Stadt Langenthal folgen werden.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates, die Frist der Motion Ischi bis Februar 2014 zu verlängern, nicht. Die Fraktion sehe keinen Grund die Frist zu verlängern nachdem diese bereits im Januar dieses Jahres abgelaufen sei. Vielmehr bitte die FDP/jll-Fraktion den Gemeinderat - basierend auf dem Normenkonzept und dem Reglementsentwurf, die von der Arbeitsgruppe bereits ausgearbeitet worden seien - raschest möglich ein Reglement auszuarbeiten und dieses dem Stadtrat bis Ende dieser Legislatur vorzulegen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion unterstütze den Fristverlängerungsantrag. Mit Freude und Genugtuung nehme die SP/GL-Fraktion zur Kenntnis, dass fleissig und sogar mit Pioniergeist am Reglementsentwurf gearbeitet werde. Die SP/GL-Fraktion erhoffe sich natürlich kein zahnloses Papier, das irgendwann in einer Schublade verschwinde. In diesem Sinne bitte die SP/GL-Fraktion, dem Antrag um Fristverlängerung zuzustimmen.

Beat Sterchi: Als grundsätzlicher Gegner des verlangten Reglements, stelle er die Frage, ob das Reglement dem Stadtrat vorgelegt werde und ob es dem fakultativen Referendum unterliegen werde.

Ihm sei es eigentlich gleichgültig, ob das Reglement im Herbst dieses Jahres oder erst in zwei Jahren vom Stadtrat abgelehnt werde. Wichtig sei ihm nur, dass der Stadtrat noch etwas dazu sagen könne und dass vor allem der Stimmbürger eine Gelegenheit erhalte, sich dazu zu äussern.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Dass im Stadtrat jede Gelegenheit genutzt werde, um zu politisieren, finde er immer wieder interessant, zumal es beim vorliegenden Geschäft nur um einen Fristverlängerungsantrag gehe.

Mit der Gutheissung der Motion durch den Stadtrat habe der Gemeinderat den Auftrag erhalten habe, ein Reglement zu bringen. Selbstverständlich werde das Reglement wie jedes andere Reglement auch dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Frage betreffend das fakultative Referendum werde die stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder beantworten.

stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder: Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesse der Stadtrat über den Erlass, die Abänderung und die Aufhebung von Reglementen (Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 Stadtverfassung).

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Die Fristverlängerung um zwei Jahre bis Februar 2014 für die Bearbeitung der Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: "Stopp dem Lichtsmog" - Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum (erheblich erklärt am 25. Januar 2010) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

6. Wahl eines Mitglieds der Volksschulkommission (Ersatzwahl für die per 31. Juli 2012 zurücktretende Grädel-Fankhauser Therese [SP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion schlägt Michael Renggli, kaufm. Angestellter, (SP), als Ersatzmitglied zur Wahl in die Volksschulkommission vor.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Michael Renggli, kaufm. Angestellter, (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Volksschulkommission gewählt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Wenn Stadtratssitzungen gefilmt würden, dann könnte sie den Film zum Traktandum Nr. 2 der Stadtratssitzung vom 7. Mai 2012 abspielen, weil seit dieser Sitzung keine neuen Erkenntnisse über die Einführung der Schulsozialarbeit gewonnen worden seien und der Gemeinderat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Thema nicht geändert habe. Der Gemeinderat halte immer noch an seiner Meinung fest, dass aus finanzpolitischen Überlegungen auf die Einführung der Schulsozialarbeit verzichtet werden soll.

Auch ihre persönliche Einstellung zum Thema Schulsozialarbeit habe seither keine Änderung erfahren. Sie sei nach wie vor der Meinung, dass die Einführung von Schulsozialarbeit notwendig sei.

Was in anderen Gymnasiumsgemeinden im Kanton Bern in Bezug auf Schulsozialarbeit bereits gemacht worden sei und gemacht werde, könne den drei Folien entnommen werden:

Schulsozialarbeit in den Gymnasiumsgemeinden des Kantons Bern

Stadt Thun

Kinder und Jugendliche haben das Recht, optimal von der Schule zu profitieren. Dafür setzt sich die Schulsozialarbeit ressourcen- und lösungsorientiert ein.

In Thun betreibt die Fachstelle Kinder und Jugend in allen Oberstufenzentren und in sechs Primarschulen mit den dazugehörigen Kindergärten Sozialarbeit entweder integriert, oder ambulant. Integriert heisst, dass die Schulsozialarbeitenden dauerhaft an der Schule präsent sind, während bei der ambulanten Schulsozialarbeit einzelne Schulen von einer zentralen Stelle aus mit Schulsozialarbeitsleistungen versorgt werden.

Stadt Burgdorf

Die Schulsozialarbeit ist ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für die gesamte Volksschule (Kindergärten und Schulen).

Schulsozialarbeit - ein Angebot zur schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen

Stadt Biel

Die Schulsozialarbeit der Stadt Biel begleitet Kinder und Jugendliche im Prozess des Erwachsenwerdens, unterstützt die schulische Integration und fördert bei den Schülerinnen und Schülern die Kompetenz zur Lösung persönlicher und sozialer Probleme.

Stadt Bern



Schulsozialarbeit entlastet die Schulen zugunsten ihrer Kernaufgaben im pädagogischen Bereich.

Sie ist Anlaufstelle bei sozialen Fragen und Problemen in der Schule und Familie.

Schulsozialarbeit Kőniz

Seit fünf Jahren ist die Schulsozialarbeit als unterstützende Massnahme in Kőniz eingerichtet. Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot. Die Schulsozialarbeiter arbeitet eng mit den diversen Fachstellen der Gemeinde Kőniz und der Region Bern zusammen. Die regelmässige Anwesenheit der Schulsozialarbeitsperson direkt im Schulhaus ermöglicht es den Kindern und Jugendlichen, sich bei Schwierigkeiten schnell und unkompliziert beraten zu lassen.



Gemeinde Interlaken

Die Schulsozialarbeit (SSA) ist ein neues Angebot mit einer dreijährigen Versuchsphase an den Schulen und Kindergärten. Sie begleitet Schüler/innen im Prozess des Erwachsenwerdens und unterstützt Kinder und Jugendliche, Eltern und Lehrpersonen bei sozialen Fragen. Im Zentrum steht die Bewältigung der Probleme.

Anders als am 7. Mai 2012 könne der Stadtrat heute Abend über die Annahme oder Ablehnung der eingereichten überparteilichen Motion befinden, welche die Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal verlange.

Wie bereits erwähnt, sei der Gemeinderates gegen die Einführung der Schulsozialarbeit und beantrage die Motion nicht erheblich zu erklären.

Daniel Steiner, Sprecher der Motionäre: Der heutige Abend sei offenbar der Abend der Referendumsdrohungen und des Show-Laufens von Gemeinderatskandidierenden. Heute sei auch der Abend einer Blockabstimmung. Er sei sich bewusst, dass was heute zur Schulsozialarbeit gesagt werde, nur für das Protokoll und die anwesenden Medienvertretenden sei, weil die Meinungen - leider entlang der politischen Blöcke - bereits gemacht seien, was dem Thema aber ganz und gar nicht gerecht werde, da es sich eigentlich nicht um ein klassisches Links-Rechts-Thema handle.



Zitat von Ueli Studer, SVP-Gemeinderat von Köniz und SVP-Grossrat (und somit ein Rats-Kollege des Langenthaler Stadtpräsidenten): *"Schulsozialarbeit leistet bei sozialen Problemen wirkungsvolle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler und die Eltern, entschärft Krisen und verhindert teure vormundschaftliche Folge-massnahmen."* Dies sei die Aussage eines SVP-Politikers, welcher als Ressortvorsteher Bildung einer grossen Berner Stadt eng am Puls der Schule sei.

Nach der Debatte im Grossen Rat sei er eigentlich guten Mutes gewesen, dass auch Langenthal die Schulsozialarbeit schon bald einführe und damit von der kantonalen Mitfinanzierung von 30% profitiere. Gemäss Abstimmungsprotokoll des Grossen Rats habe nämlich auch der Langenthaler Stadtpräsident und SVP-Grossrat die Schulsozialarbeit unterstützt. Wie Grossrat Ueli Studer habe dieser sogar jegliche Streichungsanträge und Kürzungsanträge abgelehnt. Und trotzdem höre er nun zum wiederholten Male, dass der Langenthaler Gemeinderat mit 4:3 Stimmen auf eine Einführung der Schulsozialarbeit verzichten wolle, obwohl dieser die Schulsozialarbeit in seinen eigenen Regierungsrichtlinien verankert habe. Die rasche Meinungsänderung sei eigenartig oder lasse die Frage zu, ob es den völlig etwas anderes sei, auf kantonaler oder kommunaler Ebene zu entscheiden.

Auch die Volksschulkommission habe sich zustimmend zur Schulsozialarbeit geäussert. Da verwundere es umso mehr, dass die bürgerlichen Mitglieder der Volksschulkommission - worunter sich auch der anwesende FDP-Stadtrat Christoph Kuert befinde – sich nicht bereits in diesen Kommissionsdiskussionen kritischer zur Schulsozialarbeit geäussert und Widerstand dagegen geleistet haben. Der Volksschulkommissionsentscheid lasse nämlich das Bild aufkommen, dass die Schulsozialarbeit relativ einstimmig unterstützt werde.

Ein Ja zur Schulsozialarbeit sei schlussendlich ein Bekenntnis zu einem attraktiven und modernen Schulstandort Langenthal. Schulsozialarbeit unterstütze heute Schüler, Eltern und Lehrpersonen in schwierigen Situationen, um morgen Sozialhilfekosten zu sparen. Wie bereits an der Stadtratssitzung am 7. Mai 2012 erwähnt, betone er nochmals, dass wenn nur schon eine bis zwei Fremdplatzierungen in einem Heim pro Jahr mithilfe der Schulsozialarbeit verhindert werden könnten, sich damit die jährlichen Kosten für die Schulsozialarbeit von Fr. 160'000.00 - Fr. 170'000.00 kompensieren liessen. Auch der Lohn des Stadtpräsidenten oder eine Reduktion der wiederkehrenden Ausgaben für den Betrieb der ICT-Infrastruktur im Rahmen von ict4kids liesse sich damit "finanzieren". Die Kosten von Fr. 160'000.00 - Fr. 170'000.00 seien vertretbar für eine sinnvolle präventive Massnahme. Der Langenthaler Gemeinderat und der Stadtrat investiere aber offenbar lieber Fr. 2,5 Mio. in die ICT-Infrastruktur und gebe lieber jährlich eine halbe Million Franken für den Betrieb der ICT-Infrastruktur aus, als jährlich rund ein Drittel des Betrages (Fr. 160'000.00 - Fr. 170'000.00) für die Schulsozialarbeit einzusetzen. Offenbar werde lieber in Infrastruktur als in Menschen investiert.

Von einer Mehrheit der Lehrpersonen sowie allen Fachkreisen werde die Einführung von Schulsozialarbeit befürwortet und als notwendig erachtet. Nach Ansicht der Motionäre sei die Einführung der Schulsozialarbeit deshalb kein "nice to have" sondern ein "must have".

Schulsozialarbeit unterstütze die Schule und Eltern bei der Früherfassung von sozialen Problemen und entlaste den Unterricht. Wer nun aber meine, dass Schulsozialarbeit nur etwas für Problemkinder mit Migrationshintergrund sei, täusche sich. Es gehe auch um Schweizer Kinder und schlussendlich darum, ganze Klassensituationen zu entschärfen und Krisen anzugehen. Schulsozialarbeit stelle auch keine Machtbescheidung oder Bedrohung für Schulleitende dar. Schulsozialarbeit soll Lehrkräfte und Schulleitende in schwierigen Situationen unterstützen.

Mit dem revidierten Volksschulgesetz trage der Kanton 30% der Kosten für die Schulsozialarbeit, weil das Angebot als wirkungsvolle Unterstützungsmassnahme erachtet werde und deren Wert unbestritten sei. 45 Gemeinden - darunter alle Gymnasiums-Gemeinden ausser Langenthal - haben eine Schulsozialarbeit bereits eingeführt. Rund 40 weitere Gemeinden planen deren Einführung. Mehr als ein Fünftel aller Berner Gemeinden und damit schon fast die Hälfte aller Berner Schulkinder profitieren bereits heute oder werden in naher Zukunft von diesem Angebot profitieren. Mit einem Nein zur Schulsozialarbeit manövriere sich Langenthal einmal mehr ins Abseits und nehme einen bildungspolitischen Standortnachteil in Kauf. Eine gut ausgebaute Schulsozialarbeit gehöre nun einmal zu einer qualitativ guten Schule.



Die Gegner der Schulsozialarbeit verhindern eine Weiterentwicklung der Langenthaler Schulen und betreiben ein schlechtes, bildungspolitisches Standortmarketing. Weshalb man in Langenthal immer bis auf den letzten Drücker warte, bis Bildungsreformen umgesetzt werden, sei fraglich. Mit einer solch zögerlichen Haltung nehme man bewusst Folgekosten von sozialen Auffälligkeiten und steigende Sozialhilfekosten in Kauf. Nach den Lehrpersonen und dem Kanton gelte es nun auch als Politiker Ja zu dieser Investition und damit Ja zur Zukunft der Kinder zu sagen.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: *"Er geht wieder gerne zur Schule."* Damit sei ein Schüler gemeint, der ausgegrenzt worden sei. *"Er berichtet von krassen Verbesserungen."* Damit sei ein 8-Klässler gemeint, der den Anforderungen und dem Stress in der Schule nicht genügt habe. *"Sie fühlen sich mit dem Problem nicht allein gelassen."* Gebe eine Aussage von Eltern wieder, deren Sohn die Schule verweigert hatte. Diese Aussagen seien nur drei Beispiele von vielen anderen Aussagen, wie sie im Bericht und Antrag der Stadt Burgdorf zur Weiterführung zur Schulsozialarbeit 2009 aufgeführt seien.

Das Thema habe bereits viel zu reden und zu schreiben gegeben. Das Echo, welches die überparteiliche Motion ausgelöst habe, sage einiges über die Aktualität des Themas aus. Wer den Aufgabenkatalog einer Schulsozialarbeit betrachte, wisse warum die Beratung und Unterstützung von Schülerinnen, Schülern, Eltern und Bezugspersonen, aber auch die Angebote zur Prävention und zur Früherkennung sowie die Zusammenarbeit mit Fachstellen etc. so wichtig sei. Kinder, Eltern, Lehrkräfte und Kindergärtnerinnen, welche bereits einen recht grossen Teil der Langenthaler Bevölkerung ausmachen, würden davon profitieren. Als gewählte Volksvertretende gelte es dementsprechend für diese Sache einzustehen.

Wer die Stadtratsakten studiere, sehe, dass nur die finanziellen Aspekte gegen die Einführung sprechen, welche in der Debatte schon fast ein beängstigendes Gewicht einnehmen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass es weder um die Sanierung eines Trottoirs noch um die Installation eines Veloständers gehe. Es gehe um das Wohl der Kinder, um ein qualitativ hochstehendes Schulsystem und schlussendlich um die Zukunft aller. Heute morgen habe in der Zeitung gestanden (Medienmitteilung einer befreundeten Partei), dass 45 bernische Gemeinden die Schulsozialarbeit bis heute eingeführt haben. Nebst den Gymnasiumsgemeinden und grösseren Gemeinden würden sich aber auch kleine Gemeinden (mit vielleicht 600-700 Einwohnenden) darunter befinden, deren Finanzhaushalte grossteils zumindest als desolater bezeichnet werden müssen, als jener der Stadt Langenthal. Die meisten dieser Gemeinden hätten auch schon Berichte über ihre gemachten Erfahrungen abgeben können. Burgdorf habe die Schulsozialarbeit bereits im Jahre 2007 eingeführt und diene als Beispiel: Das Fazit der Evaluation, welche im Jahr 2010 durchgeführt worden sei, auf zwei Sätze beschränkt, laute etwa so, dass nach drei Jahren Laufzeit die Verantwortlichen der operativen und strategischen Ebene aber auch die Schulleiter für die Weiterführung der Schulsozialarbeit seien. Gemäss Fazit würden sich die eingesetzten Ressourcen auszahlen. Heute gebe es bereits vereinzelte Gemeinden, die mehr Stellenprozentage verlangen. Wie in der Bachelorarbeit, die in Langenthal durchgeführt worden sei, halte auch die Stadt Burgdorf in ihrem Bericht fest, von der Schulsozialarbeit überzeugt zu sein. Das Bedürfnis respektive die Nachfrage sei vorhanden.

Einige wollen das Geschäft aus finanztechnischen Gründen ablehnen. Der Preis der später dafür zu zahlen sei, werde seiner Ansicht nach recht hoch sein. Auf dem Buckel der Kinder und der Schulen zu sparen, sei sicher nicht der richtige Weg. An dieser Stelle spiele er den der SP/GL-Fraktion in Bezug auf die Finanzverantwortung zugeordneten Steilpass mit der Bemerkung zurück, dass die Finanzverantwortung natürlich auch steuerseitig wahrgenommen werden müsse und dass die letzte Steuersenkung sicher nicht "auf dem Mist der SP/GL-Fraktion gewachsen" sei. Es könne nicht sein, die Steuern zu senken, und dann plötzlich zu merken, dass zeitgemässe und aktuelle Leistungen nicht mehr erbracht werden können.

Schlussendlich stelle die Einführung der Schulsozialarbeit eine Chance für Langenthal und auch für die ganze Region Oberaargau dar. Die SP/GL-Fraktion spreche sich einstimmig für die Erheblicherklärung der Motion aus.



Peter Moser, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion habe das Thema auch dieses Mal ernsthaft diskutiert. Bei aller Lernfähigkeit und argumentativer Offenheit sei die FDP/jll-Fraktion geschlossen zur Auffassung gelangt, dass der Gemeinderat mit seinem Antrag richtig liege, die Motion - die nur einen Monat nach der Ablehnung des gleichen Begehrens vorliege - nicht erheblich zu erklären.

Die FDP/jll-Fraktion begründe ihre Haltung mit der Stellungnahme von Stadtrat Markus Bösiger im Namen der FDP/jll-Fraktion zum Traktandum Nr. 2 der Stadtratssitzung vom 7. Mai 2012/Zitat aus dem offiziellen Sitzungsprotokoll: *"Eigentlich könnte es sich die Politik bei diesem Traktandum relativ leicht machen, da die Prüfung des Postulats - auch wenn es etwas länger gedauert habe - nun erfolgt sei, womit dem politischen Willen Genüge getan sei. Nebst der grundsätzlichen Frage, ob mit der Einführung einer Schulsozialarbeit einmal mehr ein gesellschaftliches Problem dem Staat zur Lösung delegiert werden soll, stelle sich aber die Frage, ob sich die Stadt Langenthal - entgegen dem allgemeinen, von anderen Städten gesetzten Trend hin zur Einführung - eine eigene Meinung erlauben und einen anderen Weg einschlagen könne."*

Die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat für die gründliche Prüfung des Postulats sowie die Auflistung der bereits heute real existierenden Angebote für schulsoziale Bedürfnisse wie beispielsweise:

- Erziehungsberatung (Jugendpsychiatrischen Dienst vor Ort)
- Suchtberatung
- Prävention
- Jugend- und Bildungsbeauftragte
- integrationsfördernde Massnahmen mit Interunido und ToKJO
- jede Schule habe Zugang zu einem Heilpädagogen
- Unterstützung der Klassenlehrer durch die sozialen Dienste Langenthals

Die FDP/jll-Fraktion erlaube sich die Frage zu stellen, wie viele und welche Aufgaben der Gesellschaft dem Staat übergeben werden sollen? Damit seien nicht in erster Linie die jährlich wiederkehrenden Kosten - die der Stadt durch die Einführung einer Schulsozialarbeit anfallen - angesprochen, sondern vielmehr die Mentalität des Delegierens gesellschaftlicher Probleme an den Staat.

Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Haltung des Gemeinderates zum vorliegenden Projekt mehrheitlich - auch im Wissen, dass von anderer politischer Seite her keine Ruhe gegeben werde, das Anliegen wieder auf's Tapet zu bringen. Die FDP/jll-Fraktion sei davon überzeugt, dass die Familie als kleinste politische Zelle gestärkt und nicht von jeglicher Eigenverantwortung entlastet werden soll."

In den vergangenen sechs Wochen seien doch keine neuen Erkenntnisse gewonnen worden. Laut Motionstext würden 98 von 144 Lehrpersonen die Schulsozialarbeit als notwendig erachten. Dass 46 Lehrkräfte anderer Meinung seien, sei erstaunlich, da auch die FDP/jll-Fraktion die Schulsozialarbeit als notwendig erachte, aber auch erkenne, dass diese Arbeiten bereits geleistet werden. Es gelte doch die bereits mit den Aufgaben betrauten Leute arbeiten zu lassen, ohne bereits wieder eine Stufe nachzulegen, zumal das nächste strukturelle Defizit bereits wohlgenährt und in froher Erwartung grüsse.

Dass der Kanton 30% der Kosten übernehme, sei in finanzieller Hinsicht auch kein Trost, da alle nebst den Gemeindesteuern als Kantonsbürger auch Kantonssteuern zu zahlen haben. Damit müsse die ganze Geschichte zum Schluss doch zu 100% oder noch teurer selber bezahlt werden, wenn man bedenke, dass Langenthal an die Schulsozialkosten von 45 Gemeinden bereits bezahlen helfe. Die FDP/jll-Fraktion werde die Motion nicht erheblich erklären.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: In dem Punkt, dass die Argumente zur Schulsozialarbeit im Wesentlichen auf dem Tisch liegen, gebe er Stadtrat Daniel Steiner recht - welcher seines Wissens auch einer der Gemeinderatskandidierenden sei.



Die häufig als Beispiel erwähnte Stadt Burgdorf budgetiere für die Schulsozialarbeit seit 2010 jährlich Fr. 217'000.00. Es gelte sich vor Augen zu halten, dass sich die Gemeinden im Rahmen des Budgetierungsprozesses zusehends mit Forderungen des Kantons konfrontiert sehen. Die Gemeinden seien immer weniger frei darin, ihre eigenen Budgets zu gestalten, weil Aufgaben ausgeübt werden müssen, die vom Kanton vorgegeben seien. Im Moment der zunehmenden Einengung des gemeindeeigenen Spielraums erachte es die SVP-Fraktion als falsch, dem noch für eigene Ausgaben vorhandenen Spielraum noch "Einen draufzusetzen" und damit ein strukturelles Defizit in Kauf zu nehmen.

Mehrmals sei erwähnt worden, dass der Kanton 30% der Kosten trage, was einer gewissen Korrektur bedürfe, da der Kanton maximal 30% daran zahle, womit der Beitrag also geringer ausfallen könne. Es gelte sich auch vor Augen zu führen, dass es sich dabei gut und gerne um eine Art "Anschubfinanzierung" handeln könnte, indem der Kanton anfänglich ein paar Prozent bezahle (bis die Gemeinden die Schulsozialarbeit eingeführt haben) und kaum dass die Einführung erfolgt sei, sich dann aus der Finanzierung zurückziehe, womit die Gemeinden auf der ganzen Finanzierung alleine sitzen bleiben würden. Trotz allem gebe er Stadtrat Pierre Masson recht, dass die Sache nicht nur aus finanzpolitischer Sicht beurteilt werden dürfe. Die SVP-Fraktion habe nebst finanzpolitischen aber auch andere Bedenken. Die SVP-Fraktion sehe ganz generell hinter dem Projekt eine falsche Mentalität, die darin bestehe, dass immer, wenn es ein Problem mit einem Privaten gebe, sofort nach mehr Staat gerufen werde. Dieses Vorgehen sei bekannt. Beispiele: Bei vermehrter Jugendgewalt werde nach mehr Sozialstaat gerufen. Weil es immer mehr Übergewichtige gebe, werde sofort der Ruf nach staatlichen Präventionskampagnen laut. Im vorliegenden Fall gehe es um Probleme an den Schulen, was sofort den Ruf nach neuen staatlichen Infrastrukturen laut werden lasse. Die SVP-Fraktion stehe diesem Trend kritisch gegenüber und lehne ihn ab. Die SVP-Fraktion möchte wieder die Eigenverantwortung der Betroffenen in den Vordergrund stellen (Familie; Eigenverantwortung der Schüler).

Im Weiteren stelle sich der SVP-Fraktion die Frage der Zweckmässigkeit. Es seien sich wohl alle einig, dass Schulsozialarbeit nur funktioniere, wenn die Betroffenen damit erreicht werden. Fraglich sei, wie Schulsozialarbeit funktionieren soll, wenn beispielsweise die Eltern eines Problemkindes aus kulturellen Gründen jegliche Kooperation mit den Behörden verweigern. In diesem Fall bringe Schulsozialarbeit nicht viel, weil damit bloss ein weiteres Angebot für Leute geschaffen worden sei, bei denen das bestehende Angebot bereits funktioniere.

Wenig hilfreich sei auch der ewige Hinweis darauf, dass Langenthal die einzige Gymnasiumsstadt ohne Schulsozialarbeit sei, zumal ja wohl nicht das Gymnasium die Schule sei, in der die Schulsozialarbeit gebraucht werde. Ausserdem verfüge Langenthal bereits heute über sehr weitgehende Infrastrukturen (Sozialarbeit, Schulleiter, Erziehungsberatung, Bildungsamt, ToKJO, Tagesschulen etc.). Die Qualität der in Langenthal vorhandenen Infrastruktur müsse von den anderen Gymnasiumsgemeinden zuerst einmal erreicht werden. Die SVP-Fraktion wehre sich dagegen, dass mit immer neuen Infrastrukturforderungen das Bestehende laufend schlecht gemacht werde und erachte Langenthal als sehr gut positioniert.

Die SVP-Fraktion lehne die Motion einstimmig ab. Aus jetziger Sicht sehe es allerdings so aus, dass die Motion mit einem Zufallsmehr von einer Stimme trotzdem erheblich erklärt werde. Ehrlicherweise sei dies aber nicht allzu beängstigend, da das Geschäft aufgrund seiner finanziellen Tragweite wahrscheinlich dem fakultativen Referendum unterstellt werde. Er glaube, dass die Leute dem Geschäft etwas kritischer gegenüberstehen werden, als die voraussichtliche Mehrheit des Stadtrates, weil die Schulsozialarbeit schlussendlich auch vom Volk bezahlt werden müsse.

Renato Baumgartner: Der Bemerkung von Stadtrat Patrick Freudiger betreffend die sich abzeichnende Zufallsmehrheit halte er entgegen, dass im letzten Jahr mehrere Entscheide mittels Stichentscheid des SVP-Stadtratspräsidiums gefallen seien.



Therese Grädel-Fankhauser: Ein Geschäft könne auch "abgemurkst" werden. Diese Vermutung sei in Anbetracht der Tatsache, dass der Gemeinderat das Geschäft nur sechs Wochen nach dem letzten Entscheid schon wieder bringe, nicht abwegig. Sie sei froh am heutigen Abend keine Gemeinderätin zu sein, weil sie sich wahrscheinlich mit roten Ohren unter dem Tisch verstecken müsste.

Es gebe wissenschaftliche Arbeiten und unzählige Veröffentlichungen über und zum ganz wichtigen Thema der Schulsozialarbeit. Als absoluten Affront erachte sie die Tatsache, dass nicht einmal das Expertenwissen des Sozialamtvorstehers Adrian Vonrüti in die Meinungsbildung des Gemeinderates miteinbezogen worden sei. Unglaublicherweise seien auch die Meinungen anderer befragter Experten nicht berücksichtigt worden.

Den ganzen Abend über werde von den Finanzen gesprochen. Heute sei schon erwähnt worden, dass Langenthal finanziell gut dastehe. Auch die Aussage, dass Langenthal einen Luxusdampfer fahre, sei heute schon gefallen, wobei sie sich aber oftmals frage, wo dieser eigentlich hin steuere. Sie sei sich bewusst, dass jedes Geschäft im Spannungsfeld zwischen Inhalt, den gewünschten Zielen und den Finanzen stehe und dass immer wieder sorgfältig abgeschätzt werden müsse, was wichtiger sei und was nicht. Auch innerhalb der SP/GL-Fraktion werde immer wieder erwogen, und dies nicht auf eine leichfertige Art und mit dem Gedanken, dass Langenthal ja einfach vermögend sei. Trotzdem mache es den Anschein, dass vor Allem von Stadtratsmitgliedern - die auf der rechten Seite des Parlaments sitzen - die Brille von Dagobert Duck getragen werde, der mit Dollarzeichen in den Augen auf seinen unzähligen Goldstücken hocke. Sie erachte dieses Verhalten als schade, weil es den Kindern, der Stadt und den Schulen schade.

In der Schule werde viel gute Arbeit geleistet. Was aber in den Ausbildungen der Lehrerinnen und Lehrer leider noch immer zu wenig gelehrt werde, sei der Umgang mit Krisen (Krisenintervention; Führung von Krisengespräche etc.). Aus persönlicher Erfahrung wisse sie, dass die Erziehungsarbeit in der heutigen Zeit um ein Vielfaches komplizierter und komplexer sei als früher. Sie komme um ein Schmunzeln nicht herum, wenn sie höre, wie sich Leute am Mikrophon dermassen wichtig machen und über Erziehungsarbeit sprechen, ohne überhaupt schon einmal in einem Schulzimmer damit zu tun gehabt zu haben, geschweige denn selber Kinder zu haben.

Es sei wesentlich und kompliziert Kinder zu erziehen und auf den Lebensweg zu bringen. In schwierigen Situationen, wenn Erziehungspersonen nicht mehr ein und aus wissen, seien diese um jede Person froh, die ihnen helfen können. Genau in solchen Situation leiste ein Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin ganz wichtige Arbeit, indem sie vermitteln und koordinieren. Es könne manchmal sein, dass man den Junior oder das Girl zu Hause nicht verstehe und ohne Hilfe auch keine gute Lösung aus der immer schlimmer werdenden Krise finde. Aus eigener Erfahrung wisse sie leider nur zu gut, wie schnell man sich in einem Fahrwasser befinde, aus dem man aus eigener Kraft und aus lauter Verzweiflung nicht mehr herauskomme. Genau in solchen Situationen sei es wichtig, dass Jemand von aussen komme und feststelle, was Sache sei. Schulsozialarbeitende seien genau und speziell dafür ausgebildet.

In ihrem Job als Breast-Care-Nurse arbeite sie tagtäglich mit Sozialarbeitenden zusammen. Sie sei enorm froh um deren Wissen und deren Kunst, Krisengespräche leiten zu können. Aus all diesen Gründen sei es ihr unerklärlich, wie man sich gegen eine so wichtige Institution einsetzen könne.

Pascal Dietrich: Als ein Nicht-Gemeinderatskandidat erlaube er sich die Bemerkung, doch sehr erstaunt zu sein, dass Stadtrat Daniel Steiner sich im Stile eines Rundumschlages über die für das ict4kids-Projekt (Beamer, Computer für jedes Schulzimmer etc.) gesprochenen Millionen mokiere. Obwohl er ein gewisses Verständnis für die geäusserten Bedenken habe, glaube er sich zu erinnern, dass damals auch Stadtrat Daniel Steiner dieser Vorlage zugestimmt habe.

Es stimme natürlich nicht und sei unwahr, dass es beim vorliegenden Geschäft nur um die Finanzen gehe. Nebst dem finanziellen Element gehe es auch um die Frage, wofür das Geld eingesetzt werden soll. Es sei auch nicht zutreffend, dass das Anliegen einfach abgewürgt werden soll, weil ein strukturelles Defizit bestehe. Ein Teil des Rats wolle die Einführung der Schulsozialarbeit nicht, weil man sich genau überlegt habe, was die Einführung bringe und was nicht.



Er habe heute mit einem Burgdorfer Gemeinderat gesprochen, welcher die Erfahrungen in Burgdorf als "sehr gemischt" bezeichne. Eigentlich habe man in Burgdorf von der Schulsozialarbeit etwas mehr erwartet und trotzdem werde das Angebot sogar noch erweitert. Der eher skeptisch eingestellte Burgdorfer Gemeinderat führe diesen Entscheid aber darauf zurück, dass die Einführung von Schulsozialarbeit momentan halt einem Trend entspreche.

Für ihn als Langenthaler Stadtrat stelle ein Trend aber kein überzeugendes Argument dar. Auffallend erachte er auch die alles andere als einheitliche Meinung der Lehrer und der Schulleiter. Zwei Drittel der Lehrer befürworte Schulsozialarbeit, wogegen ein Drittel dem Thema offenbar ablehnend gegenüberstehe. Er erachte die Meinungsäusserungen der Fachleute und die der Direktbetroffenen weit weniger klar und eindeutig, als dies von den Befürwortern der Schulsozialarbeit gerne dargestellt werde. Die geführte Debatte erinnere an einen Glaubenskrieg, worin den Gegnern quasi die Rolle der Ungläubigen zugeteilt werde. Er bitte doch sehr darum, wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen. Persönlich sei er absolut damit einverstanden, dass bestehende Probleme im Schulbereich angepackt werden. Wie bereits mehrmals erwähnt, gebe es in Langenthal aber bereits gute und bewährte Institutionen mit entsprechend ausgebildeten Fachleuten. Er sehe nicht ein - nur weil andere Städte und Orte es tun - weshalb eine weitere Institution dazu gepackt werden soll.

Armin Flükiger: Die von Frau Salome Baltisberger erstellte Studie (Bachelorarbeit) sei seiner Meinung nach unvollständig und enthalte sehr viele offene Fragen. Eine sichere Antwort auf die Frage, weshalb in Langenthal überhaupt Schulsozialarbeit eingeführt werden soll, liefere die Arbeit beispielsweise nicht. Bekannt sei auch, dass die Meinungen der Lehrpersonen auseinander gehen, womit die Umfrage und damit die Gesamtauswertung wenig aussagekräftig sei, obwohl sich die Lehrpersonen in der Mehrzahl eigentlich positiv zur Schulsozialarbeit geäussert habe.

Weil nicht in jeder Schule dieselben Bedürfnisse bestehen, sei es gut, wenn die Schulsozialarbeit freiwillig bleiben soll. Diese Aussage von Herrn Daniel Iseli, Dozent der Berner Fachhochschule für Sozialarbeit sei in einem Artikel des Langenthaler Tagblatts vom 5. Mai 2012 zu lesen. Demgemäss mache es keinen Sinn, in Langenthal eine Schulsozialarbeit einfach und flächendeckend über alle Schulzentren der Volksschule zu stülpen. Weiter habe sich Herr Daniel Iseli dahingehend geäussert, dass wenn die sozialen Dienste in einer Gemeinde im Kinderschutzbereich zusätzliche Mitarbeiter haben, oder wenn entsprechende Angebote vorhanden seien und diese zusammen mit der Schule kooperieren, keine Schulsozialarbeit notwendig sei. Stadtrat Peter Moser habe sehr ausführlich aufgezeigt, welche Angebote in Langenthal bereits bestehen. Seiner Meinung nach seien genügend Angebote vorhanden und die Zusammenarbeit mit den Schulen sei ausgezeichnet.

Immer wieder werde mit Gefährdungsmeldungen argumentiert. Im Zusammenhang mit Gefährdungsmeldungen werde Artikel 28 des Volksschulgesetzes gebraucht, worin es um sich komisch benehmende Schüler gehe. Weiter werde Artikel 29 gebraucht, worin es um die Mängel in der Erziehung gehe. Gefährdungsmeldungen würden aber häufig nicht Fälle im Sinne von Artikel 28, sondern Fälle im Sinne von Artikel 29 betreffen, weil in der Volksschule festgestellt werde, dass Erziehungsmängel bestehen. Persönlich zweifle er aber daran, dass die Schulsozialarbeit die richtige Stelle sei, um auf Erziehungsmängel zu reagieren. Als Lehrkraft pflege man zudem einen direkten Kontakt zu Leuten auf dem Platz Langenthal, die in einem Erziehungsman-gelfalls beigezogen werden können.

Er teile die Meinung, dass die Erziehung hauptsächlich die Aufgabe der Eltern sei und nicht die der Schule oder zusätzlicher Institutionen.

Beat Sterchi: Stadtrat Armin Flükiger habe es seiner Meinung auf den Punkt gebracht, woran das bernische Volksschulwesen kranke. Im Stadtrat Langenthal werde seit Jahren und immer wieder über theoretisch eigentlich sehr gut abgestützte Instrumente des Kantons debattiert. Seit Jahren werde aber das Praktikerwissen und die Erfahrung von Praktikern zuwenig in den Bau dieser Instrumente miteinbezogen und zwar unabhängig davon, ob die Erziehungsdirektion unter einer bürgerlicher, einer grünen, oder unter einer sozialdemokratischen Führung stehe.



Ein Blick auf die Internetseite zeige, dass die Erziehungsdirektion momentan an 120 Projekten für das bernische Volksschulwesen arbeite. Als Stadt- und Gemeindepolitiker sei er vollkommen überfordert und dementsprechend froh, dass der Langenthaler Gemeinderat autonom eine selbstständige Haltung vertrete, indem er diese und jene Schwergewichte festgelegt habe, die im Bildungswesen der Stadt Langenthal realisiert werden sollen. Für ihn persönlich sei klar, das neu geschaffene Bildungsamt zuerst einmal konsolidieren zu müssen, weil seiner Meinung nach das gesetzte Ziel noch nicht erreicht sei. Er erachte es weiter als ein Muss, die Infrastrukturinvestitionen (Sanierung Schulhäuser) sowie das ict4kids-Projekt umzusetzen, bevor man sich wieder einer neuen Sache zuwende wie der Schulsozialarbeit, die nach Ansicht von Praktikern aus dem Schulwesen in der Umsetzung mehr Probleme verursache, als dass sie einen Nutzen bringe. Es gelte jetzt eine Sache zu beenden, bevor wieder über die Schulsozialarbeit diskutiert werden könne. Unterdessen werden dann die 45 Gemeinden, welche vorgeprescht seien, über entsprechende Erfahrungen verfügen, so dass Langenthal auf einer besseren Basis werde entscheiden können.

Er bitte dringend, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären, weil Langenthal nichts verliere, wenn mit einem Entscheid zu diesem Thema noch zugewartet werde, bis fundierte Ergebnisse vorhanden seien.

Wie an der Sitzung vom 7. Mai 2012 bereits erwähnt, habe er die Sozialhilfefzahlen der Stadt Burgdorf mit jenen der Stadt Langenthal verglichen. Die Sozialhilfekosten der Stadt Burgdorf seien trotz eingeführter Schulsozialarbeit stärker zunehmend, als die der Stadt Langenthal.

Walter Wüthrich: Das Familienleben wie er es gekannt habe, mit einem regelmässig am Mittagstisch sitzenden Vater, mit welchem er als Kind die Probleme des langen Schulmorgens habe besprechen können, gebe es heute nahezu nicht mehr. In der Schweiz müsse eine Scheidungsrate von 50% verzeichnet werden, was in Langenthal nicht besser sei. Von Familienerziehung könne heute gar nicht mehr gesprochen werden. Nebst einer heute fehlenden Familienerziehung gebe es zudem einen ganzen Haufen weiterer gesellschaftlicher Probleme, die mit Hilfe der öffentlichen Hand geregelt werden müssen.

Am heutigen Abend sei oft auf das Leistungsangebot von in Langenthal bereits ansässigen Stellen und Institutionen hinwiesen worden. Die selben Institutionen bzw. deren Leistungen würden in Köniz, in Burgdorf, in Bern und überall auch angeboten und trotzdem sei in diesen Orten der Bedarf nach Schulsozialarbeit nicht nur erkannt, sondern bereits eingeführt worden.

Störend finde er, dass offenbar fast mit Stolz auf die Möglichkeit von Gefährdungsmeldungen hingewiesen werde. Die Gefährdungsmeldung sei ein Mittel, das zum Einsatz komme, wenn nicht mehr agiert werden wolle, dafür als letzte Reaktion aber reagiert werden müsse. Eine Gefährdungsmeldung verursache grosse Kosten, was aber offenbar keine Rolle spiele, weil diese in den Lastenausgleich fallen und damit in der städtischen Rechnung quasi nicht sichtbar seien.

Die gesellschaftlichen Probleme der heutigen Zeit, lassen sich seiner Meinung nach nicht mehr einfach delegieren und schon gar nicht an eine Familienerziehung, die heute nicht mehr das sei, was sie war. Für ihn persönlich stehe der Mensch im Mittelpunkt - und dies nicht nur in einem Wahljahr.

Lukas Felber: Als störend erachte er vor Allem, dass die Einführung der Schulsozialarbeit dermassen mit der Zukunft und der Weiterentwicklung des Schulstandortes Langenthal verknüpft werde, als ob die Schulsozialarbeit das allein-seelig machende Rezept darstelle.

Wer sich die Mühe gemacht habe, den Evaluationsbericht der Schulsozialarbeit Burgdorf zu lesen, habe darin auf Seite 17 die Information gefunden, dass die Schulsozialarbeitenden 45% ihrer Präsenzzeit für die Teilnahme an Koordinationssitzungen und für Administrationsarbeiten sowie 10% für die Weiterbildung brauchen. Schliesslich seien sie noch gut 40% der Zeit auf dem Pausenplatz oder für Beratungen vor Ort anzutreffen. Auf Seite 48 werde darauf hingewiesen, dass in kritischen Situationen, wo es um Gefährdungsmeldungen gehe, der Umgang nach wie vor unbefriedigend sei, weil die Zuständigkeiten überhaupt nicht klarer seien, als ohne Schulsozialarbeit.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Die Erziehungsdirektion empfehle pro 800 Schüler 100 Stellenprozente zu schaffen. Die Zukunft des Bildungsstandortes Langenthal könne also wirklich nicht davon abhängen, dass Stellenprozente geschaffen werden, um an Sitzungen teilzunehmen und um Papier zu produzieren. Der Kanton sollte seiner Meinung nach eher endlich damit aufhören Schullektionen zu kürzen, als die Schulsozialarbeit mit maximal 30% halbherzig zu unterstützen.

Nathalie Scheibli: Stadtrat Armin Flükiger habe "aus der Schule" gesprochen, wogegen sie sich nun erlaube, "aus dem Kindergarten" zu sprechen. Ihre Erfahrungen seien leider etwas anders, als jene von Stadtrat Armin Flükiger.

Auf die vielen Angebote in Langenthal sei vermehrt hingewiesen worden. Sie arbeite nun seit über 20 Jahren in Langenthal - die Erziehungsberatung gebe es schon länger. Schulleitungen gebe es auch bereits seit einer relativ langer Zeit. Heilpädagogen und Heilpädagoginnen gebe es ebenfalls schon lange. Selbst TokJO oder die Jugendarbeit haben eine lange Geschichte. Wie also lasse sich erklären, dass im Kindergarten in den letzten Jahr eine Zunahme von Gefährdungsmeldungen zu verzeichnen sei. Irgend etwas scheine trotz dieser Angebote also doch nicht abgedeckt zu sein.

Vermehrt sei die Familie als Mittelpunkt bezeichnet worden. Sie zähle jährlich rund 230 Familien zu ihren "Kunden". Die Frage was eine Familie eigentlich sei, sei berechtigt. Wenn sie in die Runde des Stadtrates blicke, sehe sie viele Leute, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen und die sich in einer relativ guten Ausgangslage befinden, eine Familie zu gründen oder zu unterhalten, was aber leider nicht die Regel sei. Die jungen Eltern unter den Mitgliedern des Stadtrates, welche noch keine Kinder im Kindergartenalter haben oder welche gar keine Kinder haben, sehen es wahrscheinlich noch nicht oder können noch nicht genau abschätzen, was auf die Kindergärtnerinnen zukomme.

Je länger je mehr stelle sie aufgrund entsprechender Rückmeldungen von Kindergärtnerinnen fest, dass diese in ihrem Beruf nicht mehr gleich zufrieden seien, wie dies vor etwa 10 Jahren der Fall gewesen sei, weil im Kindergarten nicht mehr "gebildet" werden könne, da enorm viel Zeit für die Erziehung aufgewendet werden müsse. Die heute oft angesprochene Eigenverantwortung könne von vielen Eltern leider nicht wahrgenommen werden oder werde nicht wahrgenommen. Es gelte sich die Frage zu beantworten, ob die Zukunft so aussehen soll, dass die Kinder von Stadtrat Pascal Dietrich beispielsweise oder die Kinder anderer Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Kindergarten nicht mehr explizit in den Genuss von Bildung, sondern Erziehung kommen.

Sie könne die Ansicht von Stadtrat Armin Flükiger unterstützen, dass Schulsozialarbeit nicht einfach und flächendeckend über alle Schulzentren der Volksschule gestülpt werden soll, wenn ein Schulzentrum das Gefühl habe, Schulsozialarbeit nicht zu brauchen. In den Kindergärten dagegen werde die Schulsozialarbeit dringend gebraucht. Der Handlungsbedarf sei da und steige jährlich.

Verlieren könne man mit Schulsozialarbeit nichts, aber vielleicht lasse sich damit etwas gewinnen. Vielleicht könne Langenthal es sogar besser machen als Burgdorf. In diesem Sinne bitte sie Erheblicherklärung der Motion zu unterstützen, damit das Resultat nicht nur knapp dafür ausfalle.

Urs Zurlinden: Es sehe wirklich so aus, als ob die Gegner der Motion die Bösen und damit gegen Kinder seien wogegen die Befürworter der Motion die Guten und damit für Kinder seien.

Auch in der FDP/jll-Fraktion gebe es Leute die sehr wohl für die Schulsozialarbeit wären, wenn es sich dabei wirklich um das Gelbe vom Ei und um das Beste vom Besten handeln würde, was es auf dem Markt der Sozialberatungen gebe. Es gehe aber nicht an, innerhalb der kurzen Zeit (seit 7. Mai) einfach tel quel die gleiche Vorlage wieder vor den Stadtrat zu bringen, ohne die politische Machbarkeit einmal überprüft zu haben.



Wenn von den Befürwortern gesagt würde, dass Schulsozialarbeit so gut sei, dass Einsparungen in anderen Bereichen des mittlerweile immensen Beratungskuchens - der sich um die Sozialfälle kümmere - vorgenommen werden können, so dass die Einführung kostenneutral gestaltet würde, dann wäre zumindest eine Minderheit der FDP/jll-Fraktion bereit, das Anliegen zu unterstützen. Aber nur davon zu reden, dass Schulsozialarbeit unbedingt gebraucht werde, weil andere sie auch haben, sei seiner Ansicht nach keine schlaue politische Intervention.

Stefan Ryser: Die Meinungsbildung der Stadtratmitglieder sei wohl bereits zu 99,9% passiert. Da ihn der letzte Satz seines Vorredners etwas gestört habe, ergreife er nun doch noch das Wort. Von den Befürwortern werde die Einführung der Schulsozialarbeit nicht gewollt, weil andere sie bereits haben, sondern weil ein ausgewiesener Bedarf danach bestehe. Der Bedarf sei allerdings nicht bei allen gleich gross. Stadtrat Armin Flükiger (Schulleiter eines Schulzentrums) habe weniger Bedarf, wogegen Stadträtin Nathalie Scheibli (Kindergartenleiterin) grossen Bedarf habe. Bedarf bestehe auch nach Ansicht von 2/3 der Lehrkräfte. Nun gelte es darüber zu befinden, ob es richtig sei, was 2/3 der Lehrkräfte zum Bedarf sagen, oder ob es richtig sei, was Stadtrat Armin Flükiger als Schulleiter dazu meine, oder ob die Meinung von Stadträtin Nathalie Scheibli als Kindergartenleiterin richtig sei. Ein Funken Wahrheit stecke hinter ihrer Aussage, da sich das Leben in den Familien in den letzten 20 Jahren extrem verändert habe.

Bisher sei noch nicht davon gesprochen worden, dass ein Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt so unter Druck stehen kann, dass es auch in der Familie oft nicht funktioniere, weil er überfordert sei. Dazu komme vielleicht auch noch ein finanzieller Druck, was zu entsprechenden Spannungen in der Familie führen könne.

Die 120 Projekte - an denen in der Erziehungsdirektion gearbeitet werde - quasi als Blödsinn zu bezeichnen, finde er störend, wenn zu einem gewissen Teil auch verständlich, weil zumindest er die Projekte und deren Inhalte nicht kenne. Auch die Forderung, zuerst die Infrastruktur zu bauen, wenn die dann stehe, das ict4kids-Projekt umzusetzen, und wenn dann in fünf Jahren das Gefühl aufkommen sollte, die Schulsozialarbeit eben doch einführen zu wollen, wieder über die Schulsozialarbeit zu sprechen, sei seiner Ansicht nach fraglich, weil er persönlich nicht erkennen könne, was die Infrastruktur mit dem ict4kids-Projekt und der Einführung der Schulsozialarbeit miteinander zu tun haben sollen. Das eine Thema betreffe die menschliche Basis mit einem erkennbaren Bedarf und das andere sei eine sehr grosse Investition in die Bildung (Nachholinvestitionen in die Schulhäuser, zu erfüllende Aufgaben im Rahmen von ict4kids).

Daniel Steiner: Gewisse in der Beratung gemachte Aussagen bedürfen seinerseits einer Richtigstellung:

- Stadtrat Pascal Dietrich habe gesagt, dass er (Stadtrat Daniel Steiner) der ict4kids-Vorlage zugestimmt habe. Er könne sich sehr lebhaft daran erinnern, das Geschäft - in einer zusammen mit Stadtrat Beat Sterchi geführten Debatte - in der ersten Runde (Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011) zu Fall gebracht zu haben. Erst nach der Klärung der offenen Fragen anlässlich der Stadtratsitzung am 27. Juni 2011 habe er der Vorlage dann zugestimmt.
- Stadtrat Patrick Freudiger rede von einer Mitfinanzierung von 30% und dass diese nur eine Anschubfinanzierung sein soll. Er könne sich nicht daran erinnern, im Grossen Rat auch nur einmal das Wort "Anschubfinanzierung" gehört zu haben. Nicht einmal die Gegner der Schulsozialarbeit hätten sich dahingehend geäussert. Dieses von Stadtrat Patrick Freudiger vorgebracht Argument stamme aus dem Reich der Märchen, um das Geschäft einfach und ohne weitere Begründung begraben zu können.
- Der Ruf nach schulischer Infrastruktur werde immer wieder laut, weil Probleme vorhanden seien. In diesem Zusammenhang richte er die Frage an die SVP, welche Partei denn vermehrte Polizeipräsenz fordere und eine Videoüberwachung verlange, wenn die Sicherheit gefährdet sei.
- Stadtrat Beat Sterchi vertrete die Ansicht, dass keine fundierten Ergebnisse vorhanden seien. Diese Äusserung löse in ihm die Frage aus, ob denn die guten Erfahrungen der Pilotprojektgemeinden und der Gemeinden, die die Schulsozial bereits eingeführt und sogar zu 100% selber berappt haben, nicht als gute Ergebnisse gewertet werden können.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

- Den direkten Nutzen von Schulsozialarbeit zu beziffern, sei schwierig. Andernfalls lasse er sich von Stadtrat Urs Zurlinden gerne einmal den direkten Nutzen der Verkehrserziehung oder den direkten Nutzen der Frühförderung beziffern. Es liege in der Natur der Sache, dass präventive Massnahmen oft nicht direkt beziffert werden können.
- Der Aussage von Stadtrat Lukas Felber, dass der Schulstandort Langenthal nicht von der Einführung der Schulsozialarbeit abhängen, stimme er durchaus zu. Nach Ansicht der Motionäre sei die Schulsozialarbeit jedoch einen Stein im Mosaik eines modernen Standortes.
- Wie Stadtrat Lukas Felber sei auch er absolut der Meinung, dass nicht noch weitere Lektionen gestrichen werden sollen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sei, dass die im Kanton gestrichenen Schullektionen auf Steuersenkungen der SVP und der FDP zurückzuführen seien.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Die überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Nein gegen 19 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):

1. **Die überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012:** Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Zentrumsnaher Erlebnis-spielplatz; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Bevor er die gemeinderätliche Haltung bekanntgebe, weise er darauf hin, dass der Gemeinderat das Geschäft von sich aus vorbereitet habe und dem Stadtrat zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen werde.

Ohne Personen namentlich zu erwähnen oder deren Haltung bekanntzugeben, probiere er den Stand der Dinge aufzuzeigen: Der Gemeinderat habe das Thema Kinderspielplätze schon lange thematisiert. Der Gemeinderat habe auch den Auftrag in Gang gegeben, einen der Langenthaler Spielplätzen zu attraktiveren. Der Gemeinderat habe auch entsprechende finanzielle Mittel, die im Zusammenhang mit der Ausschüttung des Anzeigergeldes zur Verfügung stehen, für das Projekt reserviert.

Eine Arbeitsgruppe habe sich mit dem Spielplatzthema eingehend auseinandergesetzt. Allgemein bekannt sei, dass der Spielplatz beim Tierpark die Frage ausgelöst habe, wie mit der Altlast des Kugelfanges umgegangen werden soll, womit das Spielplatzthema an sich eine Blockade erlitten habe. Gleichzeitig habe der Gemeinderat eine Erhebung von Daten über die Kinderspielplätze Langenthals erstellen lassen. Die Erhebung sei ein Bestandteil der Auflageakten. Im Weiteren habe der Gemeinderat einen Bericht über die Sicherheitsfragen der bestehenden Spielplätze erstellen lassen. Auch dieser Bericht sei in den Auflageakten vorhanden. Gestützt darauf habe der Gemeinderat entschieden, sich vorgängig mit dem Parlament zu besprechen, was mit den Kinderspielplätzen in Langenthal gemacht werden soll. Es gelte die Grundsatzfrage zu klären, was mit den diversen im Kinderspielplatz-Konzept bereits angesprochenen Spielplätzen in Langenthal geschehen soll. Der Gemeinderat habe den Finanzbedarf ermittelt und eine Terminplanung erstellt.

Die bereits kommunizierte Idee sei nun die, dass der Gemeinderat beim Stadtrat einen Rahmenkredit abholen möchte, der natürlich - nebst der damit verbundenen Projektidee - im Parlament zu diskutieren sein werde. Wenn das Parlament dem Kredit zustimme, könne die Umsetzung Schritt für Schritt an die Hand genommen werden. In diesem Sinne sei auch die vorliegende Motion zu verstehen. Stadträtin Anita Steiner-Thaler schreibe nämlich, dass es an und für sich nicht so wichtig sei, welcher Weg gegangen werde, wichtig dagegen sei, dass ein Weg eingeschlagen und damit etwas unternommen werde.

Das Thema Kinderspielplätze (Konzept und Rahmenkredit) werde an der Stadtratssitzung vom 20. August 2012 zur Debatte stehen. Der Stadtrat werde somit die Gelegenheit haben, sich zum Konzept und damit zu den Standortvorschlägen der Erlebnis- oder Robinsonspielplätze äussern zu können. Das Parlament werde damit gefordert, den Rahmen für das künftige Vorgehen zu stecken.

Der Gemeinderat empfehle dem Stadtrat die Motion erheblich zu erklären. Der Gemeinderat qualifiziere den Vorstoss als Motion mit Weisungscharakter, weil das Anliegen einen Mitteleinsatz erfordere, welcher sich eindeutig ausserhalb der gemeinderätlichen Kompetenz befinde.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Unter Verdankung der Ausführungen des Stadtpräsidenten Thomas Rufener stelle sie vorweg klar, dem Gemeinderat nicht ins Handwerk pfuschen zu wollen, sondern lediglich beabsichtige, einen neuen oder anderen interessanten Ansatz ins Spiel zu bringen.

Langenthal soll für Kinder und Familien eine attraktive Stadt sein. Spielplätze leisten einen wesentlichen Beitrag an die Attraktivität einer Stadt. Aktuell seien in der Stadt einige Spielplätze vorhanden, deren Zustand bekanntermassen aber als ernüchternd bezeichnet werden müssen. Einzelne Angebote seien veraltet und würden auch den Sicherheitsnormen und -ansprüchen nicht mehr genügen.



Ein zentrumsnaher Erlebnisspielplatz für Kinder entspreche einer Forderung vieler Langenthaler Mütter und Väter. Das Fehlen entsprechender Einrichtungen werde auch stark kritisiert. Mehrere Gemeinden in der Umgebung seien Langenthal in dieser Hinsicht voraus. Für die Stadt Langenthal sei es wirklich bedauerlich und so zu sagen erbärmlich, dass kein mit anderen Gemeinden vergleichbares Angebot bestehe und dass noch immer kein konkretes Projekt umgesetzt worden sei, obwohl schon seit vielen Jahren darüber diskutiert werde. Die EVP habe bereits im Jahre 2007 in einem überwiesenen Postulat die Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Überprüfung, Erneuerung und Schaffung von Kinderspielplätzen in Langenthal gefordert. Erfreulicherweise stehe (schon länger) eine vom Anzeiger bereitgestellte zweckgebundene Geldsumme zur Verfügung, welche jetzt endlich investiert werden soll.

Erste Recherchen zum Thema sowie die bereits vom Stadtpräsidenten erwähnte Verzögerung haben leider viel Zeit in Anspruch genommen. Durch die Steuerungs- und Projektgruppe sei jetzt kürzlich ein interessantes Konzept entstanden und erarbeitet worden. An dieser Stelle danke sie allen daran Beteiligten für deren Engagement.

Mit der vorliegenden Motion soll - wie bereits gesagt - ein neuer Aspekt, ein neuer Ansatz ins Spiel gebracht werden. Die bestehenden und vorhandenen Spielplätze Schritt um Schritt zu erneuern, erachte sie als einen unterstützenswerten und gangbaren Weg. Sie sei aber überzeugt, dass zusätzlich ein Schwerpunkt gesetzt werden dürfe und könne, so dass neben der Sanierung bestehender Spielplätze auch ein attraktiver grosser und umfangreicher Erlebnisspielplatz realisiert werden könne.

Die Motion fordere den Gemeinderat auf, einen zentrumsnahen Erlebnisspielplatz zu realisieren, wobei es dem Gemeinderat überlassen sei, das Anliegen prioritär in den Rahmen des Spielplatzkonzeptes einzubinden, oder einen separaten Weg zu beschreiten.

Die EVP/glp-Fraktion empfehle die Annahme der Motion. Mit der Erheblicherklärung der Motion könnte die Stadt Langenthal ihr familienfreundliches Image unterstreichen und zudem habe der Stadtrat dadurch die Möglichkeit, für die jüngste Bevölkerungsschicht ein Zeichen zu setzen.

Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion: Als Mitglied der "Arbeitsgruppe Spielplätze Langenthal" könne sie bestätigen, "auf gutem Weg zu sein". Die SP/GL-Fraktion erachte den Entscheid als richtig, nicht nur punktuell etwas zu attraktiveren und zu sanieren, sondern einen Rahmenkredit zu erstellen.

Das Anliegen von Stadträtin Anita Steiner-Thaler werde von der SP/GL-Fraktion nur teilweise unterstützt. Die SP/GL-Fraktion finde vor Allem, dass sich der in der Motion erwähnte Rumipark nicht als Standort für einen Erlebnisspielplatz eigne. Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion dürfe der darauf befindliche und viel benutzte Fussballplatz unter keinen Umständen aufgehoben werden, so dass der übrig bleibende Platz sicher zu klein wäre, um einen Erlebnisspielplatz zu gestalten. Zudem würde ein Erlebnisspielplatz mehr Leute anziehen und zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen, was für den Rumipark-Spielplatz nicht günstig wäre, weil der Rumipark-Spielplatz nach Ansicht der SP/GL-Fraktion ein klarer Quartierspielplatz sei.

Die SP/GL-Fraktion sei vor Allem der Meinung, dass es attraktive Quartierspielplätze brauche, zumal eine zentrumsnahe Lage - je nach Wohnort - eine unterschiedliche Bedeutung haben könne. Ein Spielplatz soll von Kindern und Eltern gut zu Fuss erreichbar sein. Quartierspielplätze sollten alle gleichwertig gestaltet und mit ähnlichen Spielmöglichkeiten ausgestattet sein, was aber im Moment ganz und gar nicht der Fall sei.

Die SP/GL-Fraktion sei der Ansicht, dass sich eher der Tierpark als der Rumipark als Standort für einen grösseren Erlebnisspielplatz eignen würde. Dieser Ort sei wegen den Tieren, dem naheliegenden Wald und den bereits bestehenden Parkierungsmöglichkeiten sehr attraktiv und werde auch von Auswärtigen regelmässig besucht. Aufgrund der bestens bekannten Altlastenproblematik sei es jedoch sicher besser, noch ein paar Jahre abzuwarten.

Die SP/GL-Fraktion sei überzeugt, dass der eingeschlagene Weg - alle Spielplätze in Langenthal zu attraktivieren und zu sanieren - der richtige sei. Sollte im Zentrum Platz vorhanden sein, um einen zentrumsnahen Erlebnisspielplatz zu realisieren, dann werde dieser Forderung von Seiten der SP/GL-Fraktion nichts im Wege stehen. Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Motion.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion unterstütze natürlich grundsätzlich attraktive und familienfreundliche Kinderspielplätze in Langenthal, wie dies mit dem erheblich erklärten Postulat im November 2007 festgelegt worden sei. An Stadtratssitzungen sei die Weisheit "gut Ding will Weile haben", öfters zu hören.

Wie aus den Akten entnommen werden könne, befinde sich das Umsetzungskonzept für Kinderspielplätze in Langenthal auf der Zielgeraden. Die FDP/jll-Fraktion finde es deshalb falsch, willkürlich einen Spielplatz herauszugreifen - in diesem Fall den Rumipark - und diesen vorzuziehen. Der Rumipark sei im Übrigen vor noch nicht all zu langer Zeit saniert worden und erfreue sich recht grosser Beliebtheit, was er als ein Nachbar des Rumiparks jeden Tag beobachten könne. Er erinnere auch an die jährlich stattfindenden Kinderfeste auf der bekannten Rumimatte (Zirkus der Rudolf-Steiner-Schule). Die FDP/jll-Fraktion habe deshalb das Gefühl, dass dort ein so genannter Erlebnisspielplatz nicht am richtigen Ort wäre. In diesem Sinne lehne die FDP/jll-Fraktion die vorliegende Motion mehrheitlich ab, begrüsse aber gleichzeitig das vom Gemeinderat zu erwartende Umsetzungskonzept für alle Kinderspielplätze in der Stadt Langenthal. Über dieses Thema, bzw. über diesen Kredit werde im Stadtrat in nächster Zeit debattiert werden können.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstütze die Motion und zwar aus dem Grund, dass die Fraktion die Motion auch als einen Bestandteil des Umsetzungskonzeptes sehe, welches im August vorliegen werde. Die SVP-Fraktion erachte es demgemäss als müssig, bereits heute über die Standorte von Erlebnisspielplätzen zu diskutieren.

Anita Steiner-Thaler: Der festen Überzeugung, dass sich das ganze Konzept auf einem sehr guten Weg befinde, erlaube sich nur noch kurz auf eine Textstelle in der Motion hinzuweisen. Die Formulierung: *"Dabei könnte der Rumipark ein geeigneter Standort sein."* sei wirklich als ein Vorschlag oder als eine Möglichkeit von vielleicht weiteren auffindbaren Varianten zu verstehen, da sie nicht die Absicht habe, sich auf den Rumipark zu fixieren.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass das Anliegen der Motionärin im Konzept, das dem Stadtrat im August vorgelegt werde, Platz habe. Dass keine Konkurrenzierung vorliege, könne auch folgerdem Satz im Motionstext entnommen werden: *"Es ist dem Gemeinderat überlassen, das Anliegen prioritär im Rahmen des zu erwartenden Spielplatzkonzeptes oder losgelöst vom Konzept zu realisieren."*

Der Gemeinderat stelle fest, dass der erste Weg, den er beschritten habe, nicht zielführend gewesen sei, weshalb mittels Konzept eine andere Richtung eingeschlagen worden sei. Die Meinung des Stadtrates zum Konzept sei gefragt. Bereist heute könne festgestellt werden, dass zentrumsnah offensichtlich nicht für jeden die gleiche Bedeutung habe. Dieser und weitere Punkte, wie auch die Frage, ob allenfalls auch noch Parkplätze gebaut werden müssen, um die Spielplätze zu erreichen, gelte es sachlich zu klären und auf die Reihe zu bringen. Unter dem Aspekt, dass der Stadtrat im August über den Rahmenkredit und den Projektvorschlag werde diskutieren können, empfehle er dem Stadtrat, die vorliegende Motion zu unterstützen.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz **wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



9. Postulat Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. Februar 2012: Mehrweggeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: In Stellvertretung der heute abwesenden Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst übernehme er namens des Gemeinderates die Berichterstattung zum vorliegenden Geschäft.

Die Postulantin möchte, dass der Gemeinderat prüfe, ob bei bewilligungspflichtigen Veranstaltungen die Verwendung von Mehrweggeschirr zur Pflicht werden soll. Unter Anderem werde das Anliegen damit begründet

- die Ökobilanz zu verbessern,
- die Sicherheit mit nicht splitternden Bechern zu erhöhen,
- die Sauberkeit auf den Festarealen zu verbessern,
- der hohen Akzeptanz, speziell bei jüngerem Publikum, Rechnung zu tragen,
- den Reinigungsaufwand zu vermindern.

Die Postulantin weise weiter darauf hin, dass in grösseren Städten die Verwendung von Mehrweggeschirr bei bewilligungspflichtigen Veranstaltungen bereits vorgeschrieben sei.

Das Anliegen von Stadträtin Karin Rickli sei bereits im Zusammenhang mit "BELLangenthal" diskutiert worden. Der Gemeinderat habe deshalb das Amt für öffentliche Sicherheit (AföS) mit Beschluss vom 20. Januar 2010 beauftragt, bei bewilligungspflichtigen Anlässen mit Hilfe eines Merkblattes die Verwendung von Pfand- und Mehrweggeschirr zu empfehlen. Die Empfehlung werde auch abgegeben, wenn in privaten Liegenschaften oder auf privaten Geländen Anlässe stattfinden, die eine gastgewerbliche Einzelbewilligung erfordern.

Im Postulat gehe es um eine Verschärfung der bisherigen Regelung. Im Rahmen der Diskussion im Gemeinderat sei festgehalten worden, dass

- in anderen Städten mit der Verpflichtung (zum Mehrweggeschirr) tatsächlich gute Erfahrungen gemacht worden seien,
- offensichtlich unter dem Begriff Mehrweggeschirr verschiedenste Materialien zur Verfügung stehen,
- mit der Abgabe von Mehrweggeschirr gegen Pfand bzw. Depot die Sauberkeit auf den Festarealen beträchtlich erhöht werden könnte,
- mit einer vertieften Überprüfung allenfalls die Ökobilanz aufgezeigt werden könne.

Aus den dargelegten Gründen beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Karin Rickli, SP/GL-Fraktion: Dass der Gemeinderat das Postulat zur Erheblicherklärung beantrage, sei erfreulich. Der Gemeinderat habe den Puls der Bevölkerung gespürt, weil nämlich kurz nach der Einreichung des Postulats im Langenthaler Tagblatt ein entsprechender Artikel zu lesen gewesen sei und worin man zur Teilnahme an einer Online-Abstimmung aufgerufen worden sei. Gemäss 81% der Abstimmungsteilnehmenden sei die Idee gut, die Abfallberge dank Mehrweggeschirr zu verkleinern.

Mit der Verwendung von Mehrweggeschirr bleibe der Veranstaltungsort nicht nur sauberer weil mit dem geringeren Ressourcenverbrauch auch ein Beitrag an die Umwelt geleistet werde, sondern weil dadurch auch die Reinigungs- und Entsorgungskosten sinken. Die Stadt Langenthal habe dies erkannt, und gebe die Empfehlung ab, Mehrweggeschirr zu verwenden. Wer sich aber überlege, wie mancher Anlass in Langenthal bereits stattgefunden habe, an dem Mehrweggeschirr angeboten worden sei, komme vermutlich zum Schluss, dass es bis anhin nicht viele solcher Anlässe gegeben habe. Da es eben nicht ausreiche, nur Empfehlungen abzugeben, brauche es griffigere Massnahmen, wie beispielsweise die Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr. Das Schöne daran sei, dass die Stadt Langenthal diese Idee nicht neu erfinden müsste, da zahlreiche Städte bereits seit Jahren über ausgearbeitete Broschüren verfügen. In der Stadt Bern funktioniere beispielsweise der "Zibele-Märit" als auch die Fasnacht mit Mehrweggeschirr.



Sie hoffe auf die Erheblicherklärung des Postulat mit einer darauf folgenden gewissenhaften Prüfung und dass die Stadt Langenthal auch einsehe, dass Mehrweggeschirr ein Gewinn für alle sei. Die SP/GL-Fraktion stimme der Erheblicherklärung des Postulats einstimmig zu.

Rudolf Lanz, FDP/jll-Fraktion: Das Anliegen der Postulantin sei sympathisch. Die FDP/jll-Fraktion hätte diesem Anliegen vor vier Jahren eigentlich zustimmen können. Wie Gemeinderat Rolf Baer bereits erwähnt habe, sei das Thema bereits im Rahmen von BELLAngenthal geprüft worden, womit die Situation heute eben anders sei. Langsam müsse darauf geachtet werden, dass Themen die vor zwei, drei Jahren im Stadtrat bereits behandelt und vom Gemeinderat geprüft worden seien, dem Parlament nicht wieder zur Beratung vorgelegt werden. Dass in ein paar Städten Mehrweggeschirr zur Anwendung komme, sei richtig. Dabei handle es sich aber um Grossstädte. Er erachte den Einsatz von Mehrweggeschirr am Gurtenfestival als völlig etwas anderes, als an der Langenthaler Fasnacht. Die FDP/jll-Fraktion appelliere immer für weniger Gesetze und weniger Gebote und weise auf die Eigenverantwortung hin. Der Gemeinderat habe den Auftrag bereits erfüllt und eine umfangreiche, detaillierte und gute Checkliste erstellt, worin die Veranstalter aufgefordert werden, den Einsatz von Mehrweggeschirr zu prüfen.

Ausserdem sollten in dem Postulat nicht nur die Vorteile, sondern auch die Nachteile erwähnt werden. Im Text werde darauf hingewiesen, dass keine Minderumsätze resultieren, dass aber der Aufwand für den Veranstalter grösser werde, sei völlig unerwähnt. Fraglich sei auch, ob die Unfallgefahr bei der Verwendung von Gläsern und Porzellangeschirr nicht grösser sei, als bei Plastikgeschirr. Persönlich sei auch er nicht für Plastik sondern für eigenverantwortliches Handeln.

Die FDP/jll-Fraktion lehne das gut gemeinte Postulat einstimmig ab, weil das Thema schon einmal geprüft worden sei.

Ralph Burlon, SVP-Fraktion: Das Anliegen sei wie bereits erwähnt sympathisch. Aus den vom Vorredner bereits dargelegten Gründen sei aber auch die SVP-Fraktion ganz klar gegen die Erheblicherklärung des Postulats. Die SVP-Fraktion verschliesse sich dem Umweltschutz nicht, sei jedoch ganz klar gegen mehr Verordnungen, Vorschriften und Gesetze und appelliere wie ebenfalls heute bereits mehrmals erwähnt, an die Eigenverantwortung. Die SVP-Fraktion halte an der heutigen Praxis fest, womit die Verwendung von Mehrweggeschirr auf freiwilliger Basis möglich sei. Durch die Auferlegung einer Pflicht würden doch etliche Organisatoren eingeschränkt und auch die Mehrkostenfrage bleibe offen. Das ganze Handling (Transport, Reinigung, Abfall) würde komplizierter als es bereits heute sei.

Sollte wie im Jahre 1983 wieder einmal ein eidgenössisches Schwing- und Älplerfest zu organisieren sein, dann könnte die Situation in diesem speziellen Fall anders aussehen. Einer generelle Pflicht lehne die SVP-Fraktion jedoch ab.

Christoph Säger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig in der Meinung, dass der organisatorische Mehraufwand bei Weitem vom Nutzen übertroffen werde. Die meisten der Anwesenden haben gewiss schon gute Erfahrungen mit solchen Konzepten machen können, was aber leider bisher nur an auswärtigen Anlässen möglich gewesen sei. Was sich in anderen Städten gut bewähre, könne auch in Langenthal nicht schlecht sein. Neben rationalen Argumenten wie der Abfallverminderung und der Ressourcenschonung gebe es auch weitere Aspekte. Das Beispiel von "Langenthal bewegt" zeige, dass Mehrweggeschirr mit etwas Kreativität durchaus zu einem sympathischen Souvenir veredelt werden könne. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze nicht nur den Prüfungsauftrag, sondern wünsche sich auch eine spätere Umsetzung.

Pascal Dietrich: Das Anliegen sei im Rahmen von BELLAngenthal von einer Arbeitsgruppe eingehend geprüft worden, worauf der Entscheid gefallen sei, kein Obligatorium zu wollen. Ein wichtiges Argument für diesen Entscheid sei gewesen, kleine Vereine nicht benachteiligen zu wollen. Kleinen Vereinen ohne Profiorganisation würde ein beträchtlicher Zusatzaufwand entstehen, was deren entsprechende Aktivität allenfalls verunmöglichen oder zumindest erschweren würde. An diesem Argument habe sich bis heute nichts geändert, weshalb eine kurze Zeit nach bereits erfolgter Prüfung keine erneute Prüfung vorgenommen werden soll.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Er sei absolut damit einverstanden, die Abfallberge zu bekämpfen. Wahrscheinlich müsste das Problem aber zuerst beim grossen gelben "M" angegangen werden, da wenn immer er etwas am Boden liegen sehe, es sich um etwas aus dem Mc Donalds handle. Er erachte den Handlungsbedarf in diesem Bereich als dringender.

Rickli Karin: Das Mehrweggeschirr bestehe nicht unbedingt aus Porzellan, sondern aus nicht splitterndem Material (Becher), womit die Unfallgefahr viel kleiner sei. Dem Argument, dass der Aufwand für kleinere Vereine beträchtlich sei, halte sie entgegen, dass es heute - aufgrund der grossen Nachfrage nach Mehrweggeschirr - Firmen gebe, die das Geschirr bringen, womit der Aufwand auch für kleinere Verein, wenn überhaupt, nur minimal grösser sei. Die Unterstützung dieser professionell organisierten Firmen, welche das Geschirr liefern, sei sehr gross.

In Anbetracht der Tatsache, dass andere Städte es schaffen mit Mehrweggeschirr zu arbeiten, Langenthal aber nicht, gelte es sich die Frage zu stellen, ob es nicht eher ein Nicht-Wollen als ein Nicht-Können sei.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 18 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. Februar 2012:** Mehrweggeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen **wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. **Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals; Stellungnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Auch das vorliegende Postulat spreche ein Thema an, über das nicht zum ersten Mal gesprochen werde. Der Gemeinderat sei sich der zum Teil sehr unglücklichen und ungeordneten Archivsituation seit längerem bewusst, weshalb auf verschiedenen Ebenen bereits Aktivitäten zur Verbesserung vorangetrieben worden seien. Der Gemeinderat habe sich künftige Standorte überlegt. Im Zusammenhang mit einer Sanierung des Mühlesilos sei die Idee entstanden, das Archiv allenfalls darin unterzubringen. Die eventuelle Realisierung dieser Möglichkeit stehe allerdings - im Rahmen aller anderen thematisierten Ansprüche - nicht zuoberst auf der Prioritätenliste. Im Postulat stehe aber auch gar nicht die Örtlichkeit im Vordergrund, sondern die Aufforderung, Anstrengungen zu unternehmen, um umgehend eine inhaltliche Bestandsaufnahme aller historischen Dokumente Langenthals vorzunehmen. Dass der Gemeinderat diesbezüglich seit längerem mit Herrn Simon Kuert in Kontakt stehe, sei den Postulanten bekannt. Es gebe verschiedene Optionen zu prüfen. Zu klären gelte es unter Anderem, welche persönlichen Ressourcen Herr Simon Kuert als Pfarrer der reformierten Kirche und als amtierender Stadtchronist wann zur Verfügung stellen könne.

Der Gemeinderat habe sich wie eingangs erwähnt mit der Stadtarchivfrage bereits auseinandergesetzt. Der ehemalige stellvertretende Stadtschreiber und Kanzleichef, Herr Peter Werder, habe sich in verdankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, die Organisation der städtischen Archive an die Hand zu nehmen. Die Organisation der historischen Archivbestände dagegen und die Bestände von Material unterschiedlicher Herkunft und betreffend unterschiedliche Kreise (beispielsweise Burgergemeinde, Kirchgemeinde etc.) sei bis anhin nicht erfolgt.

Unter der Forderung, Ordnung zu schaffen, verstehe der Gemeinderat einerseits auch, wertvolle Dokumente vor plötzlichem Verlust oder einer möglichen Zerstörung schützen zu können. Andererseits werde darunter auch verstanden, mit einem vernünftigen zeitlichen Aufwand darauf zugreifen zu können. Um diese Ordnung herzustellen, brauche es eine Person mit entsprechenden Fachkenntnissen. Der Gemeinderat habe sich auch gefragt, ob und in wie weit das Schaffen von Ordnung allenfalls auch mit einer digitalisierten Registrierung der Archivbestände verbunden sei, um elektronisch auf die Daten zugreifen zu können. Demgemäss gelte es sich auch damit auseinanderzusetzen, nach welchem Prinzip vorgegangen werden soll. Die Thematik werde im Gemeinderat bearbeitet. Entsprechende Gespräche in Zusammenarbeit mit der Forschungsförderung seien am Laufen.

Persönlich habe er den Eindruck, dass das ganze nichts kosten dürfe. Da Allgemein bekannt sei, dass eine entsprechende Anstellung mit Lohnkosten verbunden sei, oder dass eine Verpflichtung auf Mandatsbasis entsprechende Mandatskosten verursache, lasse sich das Projekt aber auf keinen Fall gratis realisieren. Allenfalls gebe es günstige Varianten, die sich mit Leuten realisieren lassen, die bereits über viele Vorkenntnisse verfügen.

Um entsprechende Prüfungen innert nützlicher Frist vorzunehmen, beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären. Mit innert nützlicher Frist sei gemeint, nicht zwei Jahre auf einen Prüfungsauftrag warten zu können, sondern möglichst rasch Nägel mit Köpfen zu machen - insbesondere wenn mit der bereits vorgeschlagenen Person eine Lösung gefunden werden wolle.

Patrick Freudiger: Als Postulant könne er sich den ausführlichen Äusserungen des Stadtpräsidenten anschliessen. Langenthal sei eine Energiestadt, Langenthal sei eine Sportstadt, Langenthal sei eine Nati-B-Hockeymeister-Stadt. Langenthal sei aber auch eine historische Stadt, welche eine vielfältige und wertvolle Sammlung von historischem Material und ein vielfältiges historisches Gedächtnis habe. Leider aber seien diese Materialien häufig etwas verstreut und ohne systematische Ordnung gelagert.



Am 18. Mai 2009 sei bereits die *"Motion Zurlinden Urs: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv"* einstimmig erhebelich erklärt worden. Dass die Umsetzung Zeit brauche, sei klar. Andererseits werde mit der Motion die räumliche Frage und damit die Schaffung entsprechender Infrastrukturen thematisiert, um das historische Material möglichst alles an einem Ort lagern zu können.

Im vorliegenden Postulat gehe es dagegen weniger um die räumliche Frage, sondern um eine systematisierte Bestandesaufnahme der historischen Daten, um diese vor Zerstörung oder Beschädigung zu schützen. Anfragen historischer Natur (beispielweise: Auskünfte über den Generalstreik in der Region) gelangen heute an den Stadtchronisten, für welchen es auch nicht immer ganz einfach sei, diese zu beantworten, weil eben eine Systematisierung der Informationen fehle. Dass für jemanden der das Archiv faktisch auswendig kenne, das Auffinden von Informationen einfacher sei, verstehe sich von selbst. Hinter dem Postulat stecke ja auch die Absicht etwas längerfristig zu planen, um das Know how in einer Art und Weise zu gestalten, dass es auch künftigen Generationen noch zur Verfügung stehe.

Dass das postulierte Anliegen nicht gratis sei, verstehe sich auch von selbst. In der im Postulat gewählten Formulierung gehe es darum, nicht mehr neue Stellen zu schaffen. Wie der Stadtpräsident erwähnt habe, könne jedoch darauf geachtet werden die Aufgabe - wenn auch nicht gratis - mit einem doch vernünftigen Aufwand zu erledigen.

Die Umsetzung der inhaltlichen Bestandesaufnahme soll möglichst rasch und unter Einbezug Direktbetroffener an die Hand genommen werden. In diesem Sinne freuen er und Stadtrat Urs Zurlinden sich auf eine überparteiliche Unterstützung des Anliegens.

Pascal Dietrich, FDP/jll-Fraktion: Weil das Anliegen wichtig und dessen Inhalt richtig sei, werde es von der FDP/jll-Fraktion einstimmig unterstützt.

Barbara Graf-Baumgartner, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion sei einstimmig dafür, innert nützlicher Frist die notwendigen Grundlagen zu schaffen, um eine inhaltliche Bestandesaufnahme der historischen Werke der Stadt Langenthal vornehmen zu können. Wie der Stadtpräsident bereits erwähnt habe, sei der Text im Postulat in Bezug auf die Kosten etwas einseitig ausgefallen. Die Forderung, das Anliegen ohne die Schaffung zusätzlicher Stellenprozente zu realisieren, töne in finanzieller Hinsicht gut. In der Tat löse aber auch ein Auftrag an den Stadtchronisten Kosten für die Stadt aus.

Ruth Trachsel, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Anliegen der Postulanten. Die bereits erwähnte Tatsache, dass es sehr viele Dokumente gebe, die an verschiedenen Standorten gelagert werden, habe in der Fraktion zur Frage geführt, ob Herr Simon Kuert die Arbeit alleine und unentgeltlich ausführen könne oder ob er allenfalls von der reformierten Kirche zur Erledigung dieser Aufgabe freigestellt werde. Die EVP/glp-Fraktion gehe davon aus, dass die Umsetzung des Anliegens sicher mehr personelle und finanzielle Ressourcen erfordern werde.

Beatrice Lüthi: Im Vordergrund des Postulats stehe ihrer Ansicht nach die Absicht, nichts verloren gehen zu lassen. Am 1. Januar 2013 werde beispielsweise das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft treten. Das werde auch für die Stadt Langenthal Konsequenzen haben, weil für den Kinderschutz nicht mehr die Vormundschaftskommission zuständig sein werde. Jetzt werde es wahrscheinlich so sein, dass die Gemeinden möglicherweise ihre Akten aussortieren. Gleichzeitig sei der Bund jedoch gehalten, die Forderung der "Verdingkindern" zu erfüllen, welche eine Entschuldigung und eine Entschädigung sowie die historischen Aufarbeitung des Geschehens fordern, was aber nur möglich sein werde, wenn die Unterlagen überhaupt noch vorhanden seien. Im Prinzip heisse das nichts anderes, als dass nichts weggeworfen werden dürfe. In diesem Sinne erachte sie es als weniger wichtig, alles katalogisiert und gebündelt zu haben. Viel wichtiger sei es, alles zu behalten und nichts aus Platz- oder Zeitgründen jetzt noch zu entsorgen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Bernhard Marti: In Bezug auf den Wortlaut sei bereits ausgeführt worden, dass mit dem auch im Zusammenhang mit der Schulsozialarbeit gebrauchten Ausdruck "kostenneutral", wohl nicht das gemeint sein könne, wonach es eigentlich töne, da es darum gehe, eine sicher gute Leistung auch dementsprechend bezahlen zu müssen.

Dass Stadtrat Patrick Freudiger ausdrücklich die gestellten Fragen zum Generalstreik als ein Beispiel für eine historische Auskunft genannt habe, finde er persönlich sehr amüsant. Bei der Fragenstellerin handle es sich um die SP-Stadtratskandidatin Martina Moser. Wer Martina Moser sei, sei zumindest denen bekannt, die auch ihn näher kennen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Stadträtin Beatrice Lüthi weise er darauf hin, dass die Dokumente der Stadt entsprechend den offiziellen Aufbewahrungsvorschriften aufbewahrt werden. Mit dem vorliegenden Postulat seien jedoch nicht die städtischen Dokumente sondern historische Dokumente gemeint, an denen verschiedene Kreise interessiert seien (Beispielsweise: Burgergemeinden, Kirchgemeinden etc.).

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012:**
Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals **wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 A. Eingereichte Motion Rüegger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Juni 2012: Ersatz der Beleuchtung der Jurastrasse im Abschnitt Aarwangenstrasse bis Bahnhof

Motionstext:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Beleuchtung der Jurastrasse im Abschnitt Aarwangenstrasse bis Bahnhof zu ersetzen.

Begründung:

Die Jurastrasse wurde im Bereich Verwaltungszentrum - untere Marktgasse neu gestaltet und mit neuen Strassenlampen ausgerüstet.

Im Rahmen des Agglomerationsprogrammes wird die Umgestaltung der Jurastrasse zu Gunsten Langsamverkehr als Massnahme (V-LV 2.2.2) definiert (Abschnitt Aarwangenstrasse-Bahnhof)

Das Erscheinungsbild der Strasse soll unter anderem durch eine einheitliche Strassenbeleuchtung verbessert bzw. aufgewertet werden.

Vor einiger Zeit erstellte und neu geplante Bauten beleben diesen Strassenabschnitt.

Die Beleuchtung im unteren Teil der Jurastrasse, d.h. Abschnitt Aarwangenstrasse bis Bahnhof, genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Fussgänger, welche am Abend und in der Nacht vom Bahnhof via Jurastrasse ins Zentrum der Stadt marschieren, ist durch die mangelnde Beleuchtungssituation massiv beeinträchtigt.

Hohe Bäume mit ausladenden Ästen schränken das Licht ein. Die auf dem restlichen, bereits umgestalteten Abschnitt der Jurastrasse neu installierten Faro-Leuchten sind wesentlich tiefer montiert, was eine bessere Ausleuchtung der Strasse zur Folge hat. Zudem befindet sich ein Teil der Strassenlampen auf der wenig frequentierten Trottoirseite."

Daniel Rüegger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 B. Eingereichte Motion Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Juni 2012: Neue Ansichtskarten der Stadt Langenthal

Motionstext:

"Neue Ansichtskarten der Stadt langenthal

Der Gemeinderat wird beauftragt, neue Ansichtskarten der Stadt Langenthal in Auftrag zu geben, welche dem heutigen Erscheinungsbild von Langenthal entsprechen.

Begründung:

«Langenthal - das vielseitige Zentrum im bernischen Oberaargau, die Kleinstadt im Herzen des Schweizerischen Mittellandes»

Quelle: <http://www.langenthal.ch/de/portrait/uebersichtportrait>

Die Sujets der drei aktuellen Ansichtskarten von Langenthal entsprechen kaum dem heutigen Selbstverständnis einer fortschrittlichen und modernen Stadt. Sie müssen eher als historisches Dokument betrachtet werden denn als Abbild des heutigen Erscheinungsbildes der Stadt.

Die Stadt Langenthal ist denn auch auf den Ansichtskarten kaum wiederzuerkennen. Die entsprechenden Fotos wurden vor Jahrzehnten aufgenommen. Ein älterer Bewohner von Langenthal, dem ich die Ansichtskarten zeigte, konnte sich noch an verschiedene Bauten und Plätze erinnern.

In der Zwischenzeit hat sich Langenthal stark entwickelt, und das Ortsbild hat sich verändert. Viele neue Bauten sind entstanden, und gelungene Renovationen von alten Bauten wurden vorgenommen. Langenthal wurde als Design-Stadt bekannt und bietet eine hohe Lebensqualität.

Diesen Umständen sollte mit entsprechenden Ansichtskarten Rechnung getragen werden. Obwohl die Bedeutung von Ansichtskarten abgenommen hat, so steht es einer Stadt der Grösse von Langenthal gut an, in diesem Bereich einen modernen Auftritt zu haben."

Ruth Trachsel und Mitunterzeichnende

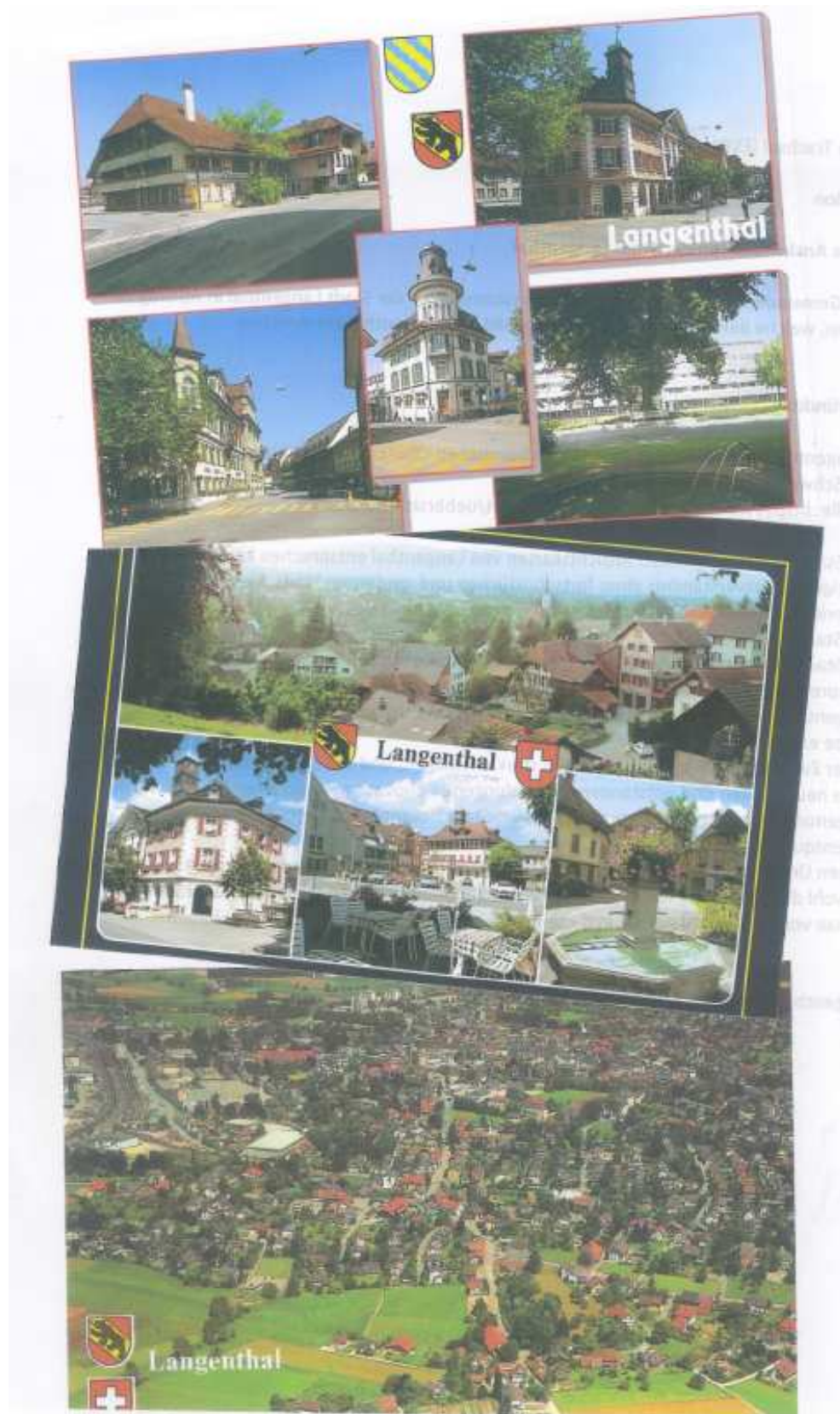
Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012





12 C. Eingereichte Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 18. Juni 2012 betreffend den Brunnen auf dem Lindenhof-Kreisel

Interpellationstext:

"Brunnen auf Lindenhof-Kreisel"

Der Gemeinderat wird ersucht, zu folgenden Fragen Auskunft zu geben:

- *Wer hat den Ankauf des Brunnens auf dem Lindenhof-Kreisel durch die Stadt beschlossen und wann?*
- *Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich dieser Entscheid?*
- *Auf Grund welcher Kriterien wurde der Ankauf getätigt?*
- *Wie wurde der Kaufpreis ermittelt?*
- *Welche Motive lagen für diesen Entscheid vor?*
- *Warum wurde die für die Ankäufe von Kunstobjekten fachlich zuständige Kulturkommission nicht um eine Stellungnahme gebeten?*
- *Welche Rolle hat die Kulturkommission zu erfüllen, wenn nicht die eines beratenden Organs des Gemeinderates für die kulturellen Belange der Stadt?*
- *Welchen Stellenwert attestiert der Gemeinderat der Gestaltung der Verkehrskreisel?*
- *Welche Kriterien gelten für die Gestaltung der Verkehrskreisel als wesentliche Elemente des öffentlichen Raumes?*
- *Ist der Gemeinderat bereit, die Kulturkommission zu beauftragen, Kriterien und Vorschläge für die Gestaltung der Verkehrskreisel auszuarbeiten?*

Begründung:

Wie der Presse (BZ vom 30. Mai 2012) zu entnehmen war, hat die Stadt den Brunnen auf dem Lindenhof-Kreisel erworben. Als Kaufpreis wurde ein Betrag von Fr. 15'000.00 veröffentlicht. Der Brunnen war zuvor die Leihgabe eines Einwohners von Langenthal, der in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein soll. Die Kulturkommission war in den Ankauf zu keinem Zeitpunkt involviert.

Im Rahmen dieses Vorganges stellen sich Fragen der Zuständigkeiten einerseits für den Ankauf von Kunstobjekten - falls es sich bei diesem Brunnen überhaupt um ein Kunstobjekt handeln sollte. Jedenfalls entspricht der offenbar bezahlte Kaufpreis von Fr. 15'000.00 dem gesamten Jahresbudget der Kulturkommission für die Ankäufe von Kunst.

Andererseits stellen sich grundsätzliche Fragen zur Ausgestaltung der Verkehrskreisel. Dabei wären insbesondere die Zuständigkeiten zu klären, handelt es sich bei Verkehrskreiseln doch um ganz zentrale Gestaltungselemente des öffentlichen Raumes.

Letztlich wären kritische Anmerkungen angebracht, sollten die in der Presse erwähnten Motive für den Kauf des Brunnens zutreffen."

Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates



Stadttrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 18. Juni 2012

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



13. In eigener Sache

■ L'Art Langenthal - Kunst in der Stadt¹

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Vom 16. Juni 2012 bis am 15. September 2012 rege die Ausstellung L'Art zum Denken und Staunen an.

Sie danke den Pressevertretenden für die Berichterstattung, den Ratskolleginnen und Ratskollegen für das Engagement und wünsche allen, mit dem Hinweis, dass die nächste Stadtratssitzung am Montag, 20. August 2012 stattfinden werde, angenehme Ferien- und Sommertage.

¹ <http://www.myoberaargau.com/de/events-cams.68/gross-events.102/lart-langenthal-kunst-in-der-stadt.2031.html>